

DIE AUSBILDUNG DES AGRARPROGRAMMS DER UNGARISCHEN SOZIAL- DEMOKRATISCHEN PARTEI (1900 – 1930)

von

KÁLMÁN SZAKÁCS

Der XXVII. Kongress der Sozialdemokratischen Partei (SDP) tagte am 7–8–9 September 1930. Dieser Kongress hat nach einer kurzen Diskussion mit geringen Abänderungen den Entwurf des Agrarprogramms, der vom Agrar-Komitee verfertigt und im Parteiorgan Népszava am 1. August 1930. zwecks Diskussion publiziert wurde, angenommen. Dadurch erhielt dieser Entwurf den Rang des Agrarprogramms der Partei.

Die bisher erschienenen Geschichtswerke, die sich aufgrund ihres Themas mit der allgemeinen Bewertung des Agrarprogramms der SDP befassten, haben übereinstimmend festgestellt, dass dieses Programm ein bürgerlich demokratisches Agrarprogramm mit positivem Charakter ist. Diese allgemeine Bewertung kann auch für richtigerachtet werden, denn es ist festzustellen, dass das Agrarprogramm der SDP im Vergleich mit den Forderungen und Programmen der damaligen legalen Oppositionsparteien in gewissen Forderungen, aber auch im Ganzen recht positive Reformforderungen aufstellte. Viele Punkte des Programms fielen mit den Interessen und Forderungen der einzelnen Bauernschichten überein und dienten auf ihre Weise der Sache des gesellschaftlichen Fortschritts. Allerdings blieb es hinsichtlich seines Radikalismus und prinzipiellen Niveaus hinter dem Agrarprogramm der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP), erschienen einige Jahre vorher (1926), zurück. Hinsichtlich seines Inhalts, nimmt das Agrarprogramm der SDP von 1930 eine Mittelstellung zwischen dem Agrarprogramm der USAP und dem der Oppositionsparteien, ein. Es ist das zweitbeste Agrarprogramm nach dem Programm der USAP, das in der Periode der Gegenrevolution erschienen ist. Damit konnte die SDP zwischen 1930–1932 recht bedeutende Erfolge erzielen und erhöhte und erweiterte unter der Bauernschaft ihre Organisationskraft und politischen Einfluss in einem seit langem unerhörten Mass. Das Programm fand im Kreis der Bauernschaft eine positive Aufnahme, wenn auch die sozialdemokratischen Bauernbewegungen am Dorf in nicht einer Hinsicht die Rahmen der Reformvorstellungen des Programms überschritten.

Unser Ziel besteht aber nicht nur in der Bekanntgabe und allgemeinen Bewertung des Programms. Unsere Geschichtsliteratur befasste sich bisher

nicht mit den Umständen des Entstehens des Agrarprogramms, mit den inneren Streiten und Kämpfen, die seiner Erscheinung vorangingen. Es wurden nicht jene Ursachen untersucht, die zur Aufstellung des Programms beigetragen haben, insbesondere, warum die SDP ihr Agrarprogramm in 1930 aufgestellt hat. Der Annahme des Programms gingen jahrelang während Diskussionen voran. Während dieser Diskussionen sind sehr wichtige taktische, aber noch mehr prinzipielle Probleme aufgetaucht, worüber die Parteileitung Stellung nehmen musste. Bei dieser Stellungnahme nach den Diskussionen wurden von der SDP alte Prinzipien aufgegeben und neue Prinzipien angenommen. Der Ausarbeitung und Annahme des Agrarprogramms ging eine Änderung der Grundsätze voran, wodurch das überhaupt möglich wurde. Diese Änderung widerspiegelt sich nicht, oder nur teilweise im Agrarprogramm, umso mehr in den Erklärungen des Agrarprogramms seitens der Leiter der Partei, bzw. in ihren Offenbarungen innerhalb der Partei. Diese Abweichung und Doppelheit deckten zum Teil die theoretische Unsicherheit und den Bruch mit der marxistischen Konzeption, zum Teil aber eine taktische Zwangslage. Das Agrarprogramm und die prinzipielle Stellungnahme der SDP in der Agrarfrage stehen in mehreren Beziehungen im Gegensatz: das wird einerseits aus den Diskussionen während der Verfertigung des Programms, andererseits aus den späteren Kommentaren des selben ganz klar.

Das Agrarprogramm von 1930 beendete einen langwährenden unfruchtbaren Streit. Einige Monate vor der 40. Jahreswende des Bestehens der Partei wurde das erste offizielle Agrarprogramm der SDP aufgestellt. 40 Jahre mussten vergehen, bis die Ungarische Sozialdemokratische Partei ihr Agrarprogramm aufgestellt und veröffentlicht hat. Schon diese Tatsache zeigt ein schweres Versäumnis und bildet die Quelle einer berechtigten Kritik. Im Ungarn der Grossgrundbesitzer hatte der legale Flügel der Arbeiterbewegung für seine prinzipielle Stellungnahme, seine Programmforderungen, seine unmittelbaren und fernerer Zielsetzungen kein Programm aufgestellt. Dadurch wurde bewusst oder unbewusst die Möglichkeit der unmittelbaren oder potentiellen Gewinnung einer ausserordentlich zahlreichen, eine riesige gesellschaftliche Kraft bedeutenden Schicht vernachlässigt. Bei der Feststellung dieser Tatsache muss aber erwähnt werden, dass die Vernachlässigung des Agrarproblems, der Mangel eines Agrarprogramms stets innere Gegensätze und Kämpfe in der SDP entfachte und verursachte. Die Opposition innerhalb der SDP, die Kräfte, die die sozialistischen Ideen ehrlich vertreten, kämpften jahrzehntelang für das Agrarprogramm, das als eine Voraussetzung der Gewinnung der arbeitenden Bauernschaft betrachtet wurde.

Der Bedarf der Ausarbeitung eines eingehenden Agrarprogramms als Ergänzung des Parteiprogramms tauchte schon sehr früh, schon in 1904, auf dem XI. Kongress auf.¹ Diese Forderung wurde mit der Begründung, dass „ein Agrarprogramm nicht anderes als den Schutz der Kleingrundbesitzer bedeute“ und dass „die Sozialdemokraten nicht befugt seien, die Kleingrundbesitzer zu schützen“, verworfen.²

Hinter der Abweisung lag eine theoretische Überlegung verborgen. Die SDP bekannte sich zu der Theorie der landwirtschaftlichen Konzentration, daher stellte sie sich der Idee der Zerkleinerung des landwirtschaftlichen Grossbetriebs, der Bodenaufteilung entgegen. Wie ihre allgemeine politische Bestre-

bung die Verwirklichung des Sozialismus war, so wurde in ihrer Konzeption über die Landwirtschaft das allgemeine Ziel der Sozialisierung des landwirtschaftlichen Grossbetriebs abgefasst. Dieser Standpunkt stimmte mit der damaligen Auffassung der internationalen Arbeiterbewegung überein, stand aber im Gegensatz zu den Reformansichten über die Agrarfrage.³ Der Bedarf eines Agrarprogramms zog aber unwiderruflich nach 1904 in die Partei ein und wurde lange Zeit hindurch eine beinahe zentrale Frage der Diskussionen und Kämpfe innerhalb der Partei. Das war eine natürliche Folge jener Tatsache, dass sich auch die Landarbeiterbewegung organisch und immer fester im Rahmen der sozialistischen Arbeiterbewegung an die SDP anschloss und dass der Wunsch einer demokratischen Umgestaltung der Landwirtschaft seitens der Bauernschaft nach der Jahrhundertwende allmählich immer stärker wurde.

In den Jahren zwischen 1904 und 1911 sind die Diskussionen über das Agrarprogramm ständig geworden, die Sache des Agrarprogramms machte aber keinen Fortschritt. Zwar erschien im Frühjahr 1908 im *Népszava*⁴ nach langen inneren Kämpfen der landwirtschaftliche Programmentwurf der Sozialdemokratischen Partei,⁵ aber dieser Entwurf enthielt nichts Neues, er wiederholte im Wesentlichen die prinzipiellen Feststellungen des Programms von 1903.⁶

Der XV. Parteikongress behandelte aber nicht einmal den Programmentwurf, sondern wies ihn „vor den Kongress des nächsten Jahres“ mit der Begründung, dass „jene Entwicklungsgesetze festgestellt werden müssen, die in der Landwirtschaft vorhanden sind. Deren Erkenntnis zeigt uns, welche praktische Forderungen festgestellt werden sollen. Um das tun zu können, brauchen wir Zeit“.⁷

Die Angelegenheit des Agrarprogramms bildete nach 1909 beinahe auf jedem Kongress ein Diskussionsthema. Die Diskussion über die Agrarfrage verdeckte aber sowohl seitens der Kritiker, wie auch seitens der Parteileitung viel an Improduktivität und bewegte sich dem Wesen nach an der Oberfläche. Die Kritiker führten die Schwäche und den Rückfall der Landarbeiterbewegung auf den Mangel eines Agrarprogramms zurück, während es die Parteileitung mit dem Regierungsterror zu erklären versuchte.⁸ Im Hin und Her um die Agrarfrage und Agrarprogramm offenbarte sich nicht nur das Unverständnis der Parteileitung gegenüber der Agrarfrage, sondern auch die theoretische Schwäche der Opposition und der Kritiker, sowie der Mangel eines Druckes seitens der Volksmassen. Auch die Mitgliedschaft der Partei, die die Bedeutung und Notwendigkeit des Agrarprogramms betonte, konnte nicht die Stellung und Rolle der Agrarfrage in der ungarischen politischen Arena genau bestimmen und dabei spielte jene Tatsache mit, dass die sozialistische Landarbeiterbewegung in den grossen Kämpfen zu Beginn des Jahrhunderts eine Niederlage erlitt und den Rückzug antrat, daher eine tiefere Untersuchung des Problems nicht zwingend notwendig war und keinen entsprechenden gesellschaftlichen Druck für die Kritiker sicherte. Die Parteileitung aber rührte aus taktischen Gründen nicht das Agrarproblem, da die geschichtlichen Erfahrungen zeigten, dass die Regierung den Aufschwung der Agrarbewegungen immer mit einem starken Terror beantwortete. Deshalb wies der XVIII. Kongress jene Taktik

zurück, die „den Staat von der empfindlichsten Seite“, seitens der Agrarier verletzen möchte“.⁹

Hinter der Forderung des Agrarprogramms lag aber die Bestrebung nach der Erweiterung der Bundespolitik zwar in keiner entsprechend abgefassten Form verborgen, womit aber die Parteileitung wegen ihrer theoretischen Auffassung nicht einverstanden sein konnte, da die Betonung des sozialistischen Endziels eine Ausdehnung der Bundespolitik über die Landarbeiter hinaus auf die unteren Schichten der Bauernschaft nicht nur nicht erforderte, sondern es sogar unmöglich machte. Dabei machte jene orthodoxe Ansicht, die die Erhaltung der Proletarierbeschaffenheit der Landarbeiter für richtig hielt, die Ausdehnung der Bundespolitik und zugleich die Abfassung von Forderungen, die die Lohnfragen der Landarbeiter überschritten, objektiv unmöglich. Unter solchen Widersprüchen konnte die Sache des Agrarprogramms mit keinem Erfolg rechnen. Im Laufe der jahrelangen Tätigkeit des landwirtschaftlichen Komitees, das auf dem XVII. Kongress aufgestellt wurde, wurde keine meritorische Arbeit verrichtet. Das war auch durch den Umstand gehindert, dass nach 1909 auch in der ungarischen Partei das Problem des Klein- oder Grossbetriebs zu einem Diskussionsthema wurde. Die Einheit in der Frage der landwirtschaftlichen Konzentration¹⁰ hörte auf und es begann eine ökonomische Diskussion um die Betriebsfrage, die erst bei der Programmdiskussion in 1930 nicht einmal annähernd befriedigenderweise abgeschlossen wurde.¹¹

Bei dieser Diskussion vertrat die Parteileitung durchs Aufsichnehmen des marxistischen Prinzips der Konzentration scheinbar auch den Standpunkt des Kampfes gegen den Reformismus, weil „die Radikalen die Aufstellung des Agrarprogramms als einen Vorstoss des Revisionismus betrachten“.¹² Dieser Umstand erschwerte objektiv die Erkenntnis, dass die sozialistische Arbeiterbewegung vor dem sozialistischen Endziel auch die Lösung der demokratischen Aufgaben auf sich nehmen muss.

Die Kongresse der folgenden Jahre und die Tätigkeit des Agrarkomitees waren hinsichtlich der Aufstellung eines Agrarprogramms unproduktiv. Das Agrarprogramm vorbereitende Komitee versagte. Die ungarische SDP „diskutierte zu dieser Zeit mehr über die theoretischen Forderungen des Agrarprogramms, als die sozialistische Partei jedes anderen Agrarlandes. Sie führte im Schutz von Annahmen, die als absolute Wahrheit betrachtet wurden, so viele schöne theoretische Kämpfe, dass für die Erschaffung des praktischen Programms keine Zeit übrig bleiben konnte“.¹³

Die Parteileitung fühlte die Spannkraft des Problems, den Widerspruch, der sich zwischen dem Leben und den Prinzipien immer schärfer zeigte; sie traute sich aber nicht diesen Widerspruch zu lösen, bzw. konnte es auch nicht. Sie traute sich nicht, weil sie Angst hatte, dass eine starke radikale Agrarbewegung den Konflikt zwischen der Partei und den herrschenden Klassen verschärft, was aber auf die industrielle Bewegung eine negative Rückwirkung hat. Die herrschende Klasse wird die industrielle Bewegung angreifen, die das Land radikalisiert. Sie konnte es nicht, weil sie ideell von der deutschen sozialdemokratischen Bewegung in Abhängigkeit stand. Sie konnte und wollte in der Agrarfrage nichts mehr, bzw. hauptsächlich nichts anderes sagen, als die deutsche Partei,¹⁴ sie war dazu weder ideell entsprechend gebildet, noch genug tapfer.

Auch der inzwischen ausgebrochene Krieg hinderte die Aufstellung des Agrarprogramms, — zwar war der Krieg nur ein sekundäres Hindernis —, so traf der politische Sturm von 1918. die USPD ohne Agrarprogramm und ohne eine geklärte Auffassung der Agrarprobleme.

Werden die Faktoren und Ursachen, die bei dem Mangel eines Programms mitwirkten, ohne nach Vollständigkeit zu streben, weiter untersucht, so muss als wesentliche Ursache jene Auffassung und Umstand genannt werden, dass die Parteileitung die „spezielle“ Lage der Landarbeiterbewegung innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht erkannt und dieselbe einseitig als einen Zweig der Arbeiterbewegung behandelt hat. Die Landarbeiterbewegung war nach Auffassung der Partei ein Teil der allgemeinen Bewegung. Neben dem Vorteil dieser Konzeption ist auch ihre Schwäche offensichtlich. Die Landarbeiterbewegung konnte nicht als ein Zweig der fachlichen Bewegungen behandelt werden, weil sie auch über davon abweichende spezielle Züge verfügte. Der Unterschied zwischen einem Industrie- und Landarbeiter war wesentlich grösser, als z. B., der zwischen einem Eisen- und Textilarbeiter. Die SDP leugnete diesen Unterschied. Die rückkehrenden und sich wiederholenden Stimmen der Forderung eines Agrarprogramms, die Angriffe wegen des Mangels eines Programms wurden im allgemeinen dadurch zurückgewiesen, dass die einzelnen Industriezweige auch über kein besonderes Programm neben dem allgemeinen verfügen — sie treten auch nicht mit so einem Bedarf auf — dennoch entwickeln sie sich, also auch die Landarbeiter kein besonderes Programm notwendig haben.

Die Leitung der SDP erkannte nicht, dass die Hauptzweige der Nationalwirtschaft, die Industrie und die Landwirtschaft, der Arbeiterpartei gesondert zu beantwortende Aufgaben stellen. Zwar auf marxistischer Grundlage, aber zu sehr an die Buchstaben des Marxismus angelehnt, erkannten sie nicht den Unterschied zwischen der kapitalistischen Entwicklung der ungarischen Industrie und der Landwirtschaft, die spezifischen Züge beider, deshalb betonten sie auch in der Landwirtschaft die sozialistischen Ziele, aber sie sahen nicht den indirekten Weg der Verwirklichung, den Zusammenhang der demokratischen und sozialistischen Aufgaben, ihren auch zeitlich abweichenden Lösungsbedarf. Ausgehend von der Theorie, dass in der Landwirtschaft dieselben ökonomischen Gesetze zur Geltung kommen, wie in der Industrie, sind sie zu der politischen Folgerung gekommen, dass in diesem Fall kein „besonderes Programm“ notwendig ist.¹⁵

Deshalb war die Landarbeiterbewegung nach Auffassung der Partei nur eine Fachbewegung, ein Kampfmittel, eine Organisation gegen das Kapital: der Landarbeiter ist ein Lohnarbeiter, ein Ausgebeuteter des Kapitals, ein Bejager des Sozialismus. Die USPD sah im Landarbeiter nur einen Lohnarbeiter, sie beschränkte also ihre Forderungen auf die Lohnfragen, auf die Besserung der sozialen Lage und sah nicht hinter dem Lohnarbeiter den Boden beanspruchenden, Boden verlangenden Bauer. Wenn sie ihn auch sah, so stand sie ihm gegenüber, weil sie der Ansicht war, dass wenn er zu einem Boden kommt, Klein-eigentümer wird, für die Idee des Sozialismus verlorengeht und dadurch die gesellschaftliche Grundlage des Sozialismus am Land geringer wird. Die USPD verfasste deshalb ihre Forderungen nur auf der Ebene der Gegensätze der Arbeit

und des Kapitals. Deshalb erstreckte sich die Bundespolitik der USDP bloss auf die Landarbeiter.

Diese Auffassung bildete einen organischen Bestandteil aller sozialdemokratischen Parteien, wonach die Entwicklung der Landwirtschaft in die Richtung des Grossbetriebs fortschreitet und die Entwicklung der Landwirtschaft in die Richtung des Sozialismus eine mechanische und geradlinige Fortsetzung der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft ist. Die Zerkleinerung des Ergebnisses der kapitalistischen Konzentration – des landwirtschaftlichen Grossbetriebs – bedeutet einen willkürlichen Eingriff in die gesetzmässige Entwicklung, wirft ihren Gang zurück und hindert die sozialistischen Bestrebungen. Durch Aufteilung des Bodens nimmt die Basis des Sozialismus auf dem Land ab. Deshalb wurden die Bestrebungen der Aufteilung des Bodens als eine reaktionäre, fortschrittswidrige Forderung qualifiziert und bis 1917 ist auch in der USPD keine solche Forderung aufgetaucht.

Es steht uns fern, die USPD voll und ganz deshalb zu verurteilen, dass sie sich nicht an die Spitze der Forderung der Bodenaufteilung stellte. Wir haben versucht auch durch mehrseitige Darstellung der Ursachen zu veranschaulichen, dass es ungerecht wäre, eindeutig das zu verlangen. Die bodenaufteilungswidrige Auffassung ist bis Beginn der 900-er Jahre noch verständlich und begründet. Später aber wirkten zahlreiche Faktoren in die Richtung der Überprüfung dieser Anschauung, vor allem die Erstärkung der Stimme der Bauernschaft, die eine demokratische Umgestaltung der Landwirtschaft – in Folge der Bewegung von István Várkonyi – forderte. Teilweise – allerdings widerspruchsvoll – wirkte das Auftreten der Bauernforderung der Bodenaufteilung der russischen Revolution, auf dessen Einfluss Arnold Dániel jene Folgerung ableitete, dass: „unsere russischen Genossen haben Recht gehabt, dass sie sich gegen den Zaren und die Grossgrundbesitzer auf Seite der bodenaufteilenden Bauernschaft stellten“¹⁶ Kautsky lenkte in seinem Brief an Garami vom 1. November 1906 die Aufmerksamkeit der ungarischen Partei auf die Wichtigkeit der Bauernfrage, wobei er betonte, dass der Bauerneigentümer in Westeuropa „ein reaktionärer Faktor wurde“, dass „es sich aber in Ungarn ganz anders verhält“. Wie in Russland, ist der Bauer auch in Ungarn ein revolutionärer Faktor. Nur durch Beseitigung der heute herrschenden Produktionsweise, die die Reste des Feudalismus zur unverschämtesten kapitalistischen Ausbeutung ausnützt, und nur durch Bekämpfung der heute politisch herrschenden Aristokratie kann ihre verzweifelte Lage verbessert werden“¹⁷ Kautsky warnt vor der Gefahr der mechanischen Nachahmung, wenn er betont: „Vom Ausland kann man nur dann nutzbringend etwas lernen, wenn die Besonderheiten unserer eigenen Verhältnisse erkannt werden. Und wie ich die ungarischen Verhältnisse kenne, so gehört zu ihren Besonderheiten vor allem die der Agrarverhältnisse“¹⁸

Die USDP erkannte nicht diese Besonderheit und diesen Unterschied. Ihr Führungsstab war auch theoretisch nicht dazu vorbereitet und zahlreiche Anschauungen, eingewurzelte Ansichten und objektive Umstände hinderten sie daran. Hinter der Ablehnung des Agrarprogramms lagen – wie schon erwähnt – theoretische Bedenken verborgen. Es ist aber auch zu bemerken, dass auch die politischen Verhältnisse in Ungarn dazu beigetragen haben, dass die USDP keinen solchen Bedarf einer Aufstellung eines Agrarprogramms begegnete, wie

die westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien. In den Jahrzehnten nach der Pariser Kommune passten sich diese Parteien an die neuen Verhältnisse und Bedingungen des Klassenkampfes an, und sahen immer mehr ein, dass „ihr Sieg nur dann von Dauer sein kann, wenn die grosse Masse des Volkes, also in diesem Fall die Bauern, gewonnen wird. Als nächste Aufgabe der Partei wurde auch hier die langsame Wirkung der Propaganda und die Parlaments-tätigkeit erkannt.“^{18a}

Der Kampf um die Vertretung im Parlament richtete die Aufmerksamkeit dieser Parteien auf die neben dem Proletariat lebenden vielköpfigen „mittleren“ Schichten, vor allem auf die Bauernschaft. Die Gewinnung dieser Schichten machte eine eingehende Ausarbeitung der Agrarforderungen dieser Parteien notwendig, wobei diese Parteien den Bedarf der Ausarbeitung eines Agrarprogramms begegneten, und zwar eines Programms, das neben dem Agrarproletariat die Gewinnung der Kleineigentümerschicht der Bauernschaft, die Erwerbung ihrer Stimmen versucht. Deshalb hat die französische Partei schon in 1892 auf dem Kongress von Marseilles ein besonderes Agrarprogramm angenommen aufgrund der Erkenntnis, dass „gegen den Kleinbauer keine dauerhafte Umwälzung in Frankreich möglich ist“.^{18b} Auch der Parteitag von Köln in 1893 beschloss, dass die Agrarfrage an die Tagesordnung des Parteitags von Frankfurt in 1894. gestellt werde. Zwar konnte die deutsche Partei weder auf dem Kongress von Frankfurt in 1894, noch auf dem von Breslau in 1895 in der Agrarfrage auf gleichen Nenner kommen, wurde auf dem Kongress von Breslau eine ganze Reihe von Agrarforderungen zur Verbreitung empfohlen „zwecks Verbesserung der Lage der Landarbeiter und Kleingrundbesitzer“.¹⁹

Die ungarische Partei verfügte im Sinn des Wahlrechtssystems in Ungarn über keine Parlamentsvertretung, sie führte den Kampf um das Wahlrecht und nicht über die Abgeordnetenmandate. Dieser Umstand wirkte auf die ungarische Partei nicht mit einer so zwingenden Kraft²⁰, wie auf die westeuropäischen Parteien. Sie war nicht gezwungen, zwecks Gewinnung der Bauernschaft ein Agrarprogramm auszuarbeiten und unter Erweiterung der Rahmen der Bundespolitik die theoretische und taktische Ausarbeitung einer über das Agrarproletariat hinausgehende Bundespolitik und eine Überprüfung ihrer Agrarkonzeption zu versuchen.

* * *

Der Standpunkt des Kleinbetriebs- der ungeklärt und instinktiv, manchmal sogar auf antimarxistischer Basis, auch das Bedürfnis einer demokratischen Agrarumwälzung widerspiegelte — wurde bis 1918 in der USDP nicht unterstützt. Zuerst begegnen wir denselben in 1917 im Agrarprogramm-vorschlag von Rezső Ladányi. Gemäss dem Programm-vorschlag von Ladányi muss „die Abschaffung jeder Fideikommiss- und anderen Gebundenheit, sowie das Recht für den Staat gefordert werden, dass jeder landwirtschaftlich bebaubarer Boden über 200 Joch enteignet und dieser Boden den bodenlosen Bauern und den Kleinbesitzern mit nicht genügend Boden ausgeteilt werde“.²¹ Er hält auf dem Gebiet der industriebetriebenden landwirtschaftlichen Betriebe und der Musterbetriebe die Errichtung von Genossenschaftsbetrieben für notwendig und verlangte staatliche Hilfe zur Unterstützung der Genossenschaften von Kleingrundbesitzern.

Auch der im Herbst 1918 in provisorischer Form zusammengestellte Agrar-entwurf hat die Grundgedanken des Vorschlags von Ladányi im grossen und ganzen übernommen, mit dem Unterschied, dass der Programmentwurf nicht so radikal war, wie die Vorstellungen von Ladányi.²²

Im Herbst 1918 stand die USDP beim Aufschwung der Bauernbewegungen der Forderung eines Agrarprogramms gegenüber. Ende November stand die USDP auf den Beratungen über die Agrarpolitik noch auf dem Standpunkt des Grossbetriebs nach Kautsky. Dieser Standpunkt bedeutete zu dieser Zeit objektiv den Schutz des Grossgrundbesitzes.²³ In Dezember wurden aber die Stimmen der Bejahung einer Bodenreform lauter. Die sozialdemokratische Partei wurde zur „prinzipiellen“ Annahme der Bodenaufteilung durch zwei Umstände, durch den Druck der Bauernmassen und durch das Übereinkommen mit den Radikalen, gezwungen. Die USDP nahm also den Standpunkt der Bodenreform nicht aufgrund von prinzipiellen Überlegungen, sondern durch Zwang und aufgrund taktischer Überlegungen an. Das in provisorischer Form in Dezember zusammengestellte Agrarprogramm der USDP ist also als eine durch Zwang aus Kompromissen entstandene Forderungsreihe zu betrachten, nicht aber als ein auf prinzipiellen Grundlagen beruhendes Agrarprogramm der Arbeiterpartei.²⁴

Auch der Gesetzartikel XVII: 1919 von Barna Buza ist das Ergebnis eines Kompromisses. Das Gesetz erklärte die Notwendigkeit der Bodenaufteilung, doch es muss als eine Geste gegenüber der sozialdemokratischen Partei gewertet werden, dass im Gesetz unter Berufung auf die Sicherung der Kontinuität der Produktion auch die Unterstützung der genossenschaftlichen Wirtschaft vorgeschrieben war.

Die Leitung der USDP war entgegen ihren Grundsätzen gezwungen, die Bodenaufteilung zu unterstützen. Wie die Sache der sozialistischen Revolution fortgeschritten war und in der sozialdemokratischen Partei die linke Seite stärker wurde, treffen wir immer mehr auf Erklärungen, die sich gegen die Bodenaufteilung zur Sozialisierung (Grossbetrieb) bekannten.

Am 4. März 1919 nahm die Népszava, um auch ihre Stellungnahme im Zusammenhang mit den zahlreicher werdenden Bodenokkupationen auszudrücken, schon gegen die Bodenaufteilung und für die Genossenschaften Stellung. In dieser Stellungnahme sind alle wesentlichen Elemente der bis dahin berührten Agrarkonzeptionen der USDP aufzufinden. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn „das Privateigentum konserviert“ und wenn die Bodenreform „zu einer Bodenaufteilung sinken“ würde, schreibt das Blatt. „Boden kann weder schnell, noch gerecht aufgeteilt werden . . . Wenn der Boden aufgeteilt, wenn keine grossen Produktionsgenossenschaften gebildet werden, so wird das Land im nächsten Jahr kein Brot geben, das städtische Proletariat nichts zu essen haben . . . Wir müssen also verlangen, dass die Bodenreform überall auf dem Land durch grossbetriebliche Produktion auf genossenschaftlicher Grundlage durchgeführt werde . . . Eben deshalb darf die Gründung der Produktionsgenossenschaften und die darauf gegründete grossbetriebliche Produktion nicht nur nicht verhindert, sondern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Staatsgewalt gefördert werden.“²⁵ Nach dem Sturz der Räterepublik tritt aber die Abfassung der alten Konzeption in „klassischem“ Sinn nicht mehr in Erscheinung.

* * *

Die Erfahrungen von 1918–19, die agrarpolitischen Fehler von 1919 und die Verhältnisse der Gegenrevolution liessen in der USDP die Elemente einer neuen Agrarpolitik reif werden. Dafür ist es am meisten charakteristisch, dass die Anhänger der Bodenreform (des Kleinbetriebs) nach 1920 stärker wurden, wenn auch noch im Hintergrund, aber die Abfassung und Betonung der alten Grundsätze des Grossbetriebs in unveränderter Form ist nicht mehr aufzutreffen. Bis 1926 ist die USDP in der Sache des Agrarprogramms sehr passiv. Als eine Stellungnahme gegen die „Bodenreform“ von Nagyatádi muss der Agrarprogrammentwurf von József Takács gewertet werden. Der Entwurf erhielt aber weder in der Partei, noch in der öffentlichen Meinung eine weite Publizität. Auf einen wichtigen Zug müssen wir aber aufmerksam werden, der das Reifen der neuen Agrarauffassung der USDP zeigt. Dieser Programmentwurf ist der erste Versuch der Zusammenfassung der Agraransichten der USDP nach dem Krieg. Von der alten Auffassung blieb allein der Anspruch der Orientierung auf die landwirtschaftliche Arbeiterschaft, sowie eine teilweise abgeänderte Abwandlung der genossenschaftlichen Idee. Im Interesse der landwirtschaftlichen Mehrproduktion, der Entwicklung der sozialen Verhältnisse der Dorfbewohner, der Verbesserung ihrer materiellen und kulturellen Lage „sollen in allen Gemeinden Verkaufs-, Wareneinkaufs- und Kreditgenossenschaften, *eventuell* (Hervorhebung des Verfassers), Bodenpacht-, Produktions- und Maschinengenossenschaften gegründet werden und wir fordern zur Entwicklung dieser Genossenschaften eine stattliche Unterstützung“.²⁶

Im Entwurf von Takács stehen die hinsichtlich der genossenschaftlichen Idee niedrigeren Genossenschaften (und Formen) im Vordergrund, die Auffassung der gemeinsamen genossenschaftlichen Anbaus des Bodens vom Anfang des Jahrhunderts ist nur mehr als eine „eventuelle“ Möglichkeit angegeben und steht an zweiter Stelle. Die wichtigste Programmforderung, die zu Beginn des Jahrhunderts noch in Form von Gemeineigentum-Produktionsgenossenschaft (also Grossbetrieb) abgefasst wurde, ändert sich nun und der Kleingrundbesitz tritt in Form von Bodenaufteilung bzw. Erbpacht in den Vordergrund. „Jedes landwirtschaftlich bebaubares Gebiet über 200 Joch soll durch den Staat allmählich enteignet werden können zu dem Zweck, dass der Boden an die bodenlosen Landarbeiter und Zwergbodenbesitzer ausgeteilt werde“²⁷ (durch Schadenersatz-Erlös). Diese Auffassung wurde zu dieser Zeit noch nicht der offizielle Standpunkt der Partei. Die Periode von 1920 bis 1930 war eine Periode starker innerer Kämpfe und nur auf Einfluss des vielseitigen Druckes und der zwingenden Umstände entschloss sich die USDP zur Ausarbeitung eines Agrarprogramms, worin sie eindeutig für die Bodenaufteilung Stellung nimmt und dazu, dass diese Konzeption auf dem Kongress auch offiziell angenommen werde.

Wollen wir nun kurz einen Überblick auf jene Ursachen, die bei der Ausarbeitung des Agrarprogramms mitgespielt haben, und auf jene prinzipiellen Diskussionen, die der Annahme des Programms vorangingen, werfen.

Es muss gesagt werden, dass die Abänderung der Prinzipien auch durch die Verhältnisse, durch die geänderte Stellung der USDP erforderlich wurde.

Nach den Wahlen von 1922 wurde die USDP eine parlamentarische Partei, sie kam ins Parlament. Nach jahrzehntelangen unfruchtbaren Wahlrechtskämpfen wird das grosse Ziel, die parlamentarische Vertretung verwirklicht.

Allerdings nicht aufgrund des allgemeinen geheimen Wahlrechts, sondern nur mittels eines entarteten Wahlgesetzes und eines schweren Kompromisses. Dieses Parlament ist in einem noch höheren Grad reaktionär — wenn auch die USDP teilnimmt —, als das Parlament des dualistischen Ungarns. Aber die Wahlkämpfe stellten die USDP vor eine neue Lage. Die USDP begegnete erst in den 20-er Jahren jene Probleme und taktische Fragen, die den sozialdemokratischen Parteien der westlichen Länder bereits vor der Jahrhundertwende gestellt wurden. Im Interesse der grösseren Parlamentsvertretung, der grösseren Zahl der Stimmen war sie gezwungen ihre Massenbasis zu erweitern, die Rahmen der Bundespolitik auszudehnen. Auch das Wahlgesetz förderte diese Tendenz, da ja die engen Rahmen des Gesetzes in erster Reihe die Massen der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiterschaft des Wahlrechtes beraubten.²⁸ Deshalb musste die USDP auch mit jenen Massen rechnen, die keine Proletarier waren, aber über Wahlrecht verfügten und für die Arbeiterbewegung potentiell zu gewinnen waren. Da die überwiegende Mehrheit des Landes aus Bauern bestand²⁹ und in dieser Kategorie die Besitzerbauernschaft im höchsten Verhältnis über Wahlrecht verfügte, war die USDP gezwungen seine alte Auffassung vom Anfang des Jahrhunderts aufzugeben, wonach die USDP ihre Bundespolitik allein auf die Landarbeiter beschränkte und die Massen der Kleinbauer und Mittelbauer — sie als reaktionär betrachtend — vernachlässigte.

Die USDP begegnete dieses Problem zuerst nach dem Sieg der Oktoberrevolution von 1918. Als die USDP an der Regierung teilnahm, stiess sie auf den Widerspruch zwischen ihrer theoretischen Auffassung und der Praxis der Koalition. Die Bestrebung zur Auflösung dieses Widerspruchs zeigte bereits die Annahme der Idee einer Bodenreform, also die Unterstützung des Kleinbesitzes, sowie die Umgestaltung der Gewerkschaft der Landarbeiter zur Landesvereinigung der Landarbeiter und Kleinbauer. Die Umstände ermöglichten aber nicht das Durchschreiten des ganzen Weges. Auch nach 1920. ist die diesbezügliche Tätigkeit der Partei sehr widerspruchsvoll. Im Pakt Bethlen-Peyer verzichtete sie teilweise auf die Zusammenfassung der Landarbeiter in Organisationsrahmen, also auf die politische Gewinnung einer der bedeutendsten, zahlreichsten Bauernschichten und liess ihre Stimme in der Diskussion über die Bodenreform von Nagyatádi — die eine ungleiche Diskussion der Bauernschaft mit dem Grossgrundbesitz war — kaum hören, enthielt sich von der Abfassung offener und entschiedener, vor allem radikaler Forderungen.

Der Widerspruch zwischen der Vernachlässigung der Organisation der Landarbeiter und der Beschäftigung mit den Interessen der Kleinbauer und den Ergebnissen der Wahlkämpfe verschärfte sich aber immer mehr und das fühlte auch die USDP.³⁰ Deshalb wurde nach 1926 in der sozialdemokratischen Partei die Forderung der Aufstellung eines Agrarprogramms immer lauter und die USDP stellte sich am Ende der 20-er Jahre auch in ihrer Organisationspraxis auf dem Land auf neue Grundlagen. Nach 1921 bedeutete innerhalb der im Pakt festgelegten Rahmen die Gewerkschaft der Landarbeiter die Organisationsbasis der Partei auf dem Land. In der zweiten Hälfte der 20-er Jahre wurde bereits offiziell erklärt, dass die Organisation der Bauernschaft eine politische Frage ist und deshalb wurde auf dem Land nicht die Organisation der Gewerkschaften, sondern die Bildung von Parteiorganisationen gefördert.³¹

Hinter dem neuen Organisationsprinzip war die Anerkennung der Erweiterung der Bundespolitik verborgen. Die Parteiorganisationen sollten im Gegensatz zu den Gewerkschaften nicht nur die Landarbeiter, sondern auch die Kleinbauer umfassen. Es ist eine andere Frage, wie diese Vorstellung und Änderung in der Praxis der Parteipolitik verwirklicht wurde. Ohne die Frage eingehend erörtern zu wollen muss festgestellt werden, dass diese Änderungen zu dieser Zeit in der Praxis der Partei nur teilweise durchgeführt wurden. Das hatte zahlreiche Ursachen, auf die wir uns hier nicht erstrecken können, aber die Traditionen der alten Auffassung haben noch lange ihren Einfluss ausgeübt.

Die Ausarbeitung des Agrarprogramms wurde auch dadurch dringend, dass nach 1919 die Monopolstellung der USDP in der Arbeiterbewegung aufhörte. Die kommunistische Partei bedeutete auf politischer und ideeller Ebene einen ersten Konkurrenten für die USDP. Die kommunistische Partei hat bis 1925, zur Zeit des I. Kongresses, ihre agrarpolitische Auffassung geklärt und nahm bei Verurteilung der agrarpolitischen Praxis von 1919, für die Bodenaufteilung Stellung. In März 1926 wurde durch die USAP das erste Agrarprogramm der ungarischen Arbeiterbewegung der Öffentlichkeit übergeben. Dieses Agrarprogramm war unter den während des gegenrevolutionären Regimes erschienenen Agrarprogrammen sowohl hinsichtlich des politischen Zieles, als auch der Teilforderungen, das beste Programm. Die USDP konnte dieses Programm einfach nicht ausser Acht lassen. Nach dem Erscheinen des Agrarprogramms der USAP erhöhte sich die Aktivität der in der USDP verbliebenen Opposition, ihre Stimme der Forderung eines Agrarprogramms wurde lauter.

Die USDP musste mit dem Umstand rechnen, dass die Parteispaltung von 1925 unter anderen wegen der Vernachlässigung der Bauernfrage und dessen praktischer Erscheinung, der Paktpolitik, zustande gekommen ist. Dabei erwies sich die USAP nach dem Erscheinen ihres Agrarprogramms auf dem Land trotz der Verfolgungen als ein ernster Konkurrent der USDP. Das Agrarprogramm der USAP nahm für eine demokratische Agrarumgestaltung (Bodenreform) Stellung und dieser Umstand zwang die USDP, die unfruchtbare Diskussion über Kleinbetrieb-Grossbetrieb zu begraben und noch vor Erscheinen des Agrarprogramms die Losung der „neuen Bodenreform“ herauszugeben. Die Anhänger des Standpunktes der Bodenaufteilung wurden also in der USDP in der Mitte der 20-er Jahre stärker und auch ihre Stimme wurde unter diesen Umständen lauter.³²

Ihre Kraft war aber zu dieser Zeit noch nicht genug gross, um ein Agrarprogramm auszuarbeiten. Die inneren Kräfte der Partei genügten nicht zur Entscheidung der prinzipiellen Diskussionsprobleme des Agrarprogramms, zur Erzwingung eines Programms, sie waren auch noch zu schwach dazu.

Zur Ausarbeitung des Agrarprogramms der USDP trug stark die erhöhte Agrartätigkeit der internationalen Sozialdemokratie bei. Die Sozialdemokratischen Parteien verschiedener Länder nahmen von 1922 bis 1929 neue politische Programme und neue Agrarprogramme an. Zuerst wurde das Agrarprogramm der finnischen Partei in 1932 hergestellt.³³ Diesem folgte das Agrarprogramm der österreichischen (1925), der deutschen (1927), der englischen, der tschechoslowakischen (1927) Partei. Auch die Parteien, die kein besonderes Agrarprogramm ausarbeiteten (Norwegen, Schweden, Rumänien, Belgien,

Holland, Frankreich, usw.) hielten es für notwendig, das neue allgemeine politische Programm mit neuen – in den meisten Fällen mit abgeänderten – Agrarforderungen zu ergänzen, bzw. die alten Programmforderungen umzuarbeiten.³⁴

Die Leitung der USDP erwarb diese Programme und stellte sie den Mitgliedern des Agrarprogrammkomitees zur Verfügung.³⁵

Es ist nicht unser Ziel uns eingehend mit der Analyse der Agrarprogramme bzw. Agrarforderungen der ausländischen sozialdemokratischen Parteien zu befassen. Das würde den Rahmen und das Ziel dieses Aufsatzes überschreiten. Wir wollen bloss einige allgemeine Folgerungen ableiten, die zum Verständnis der Gestaltung der agrarpolitischen Grundsätze der USDP notwendig sind. Wodurch waren diese Programme charakterisiert, enthielten sie eine Änderung im Vergleich mit der Auffassung vom Anfang des Jahrhunderts?

Die Programme können grob klassifiziert in drei Kategorien eingereiht werden: teils blieben sie auf der Grundlage der Auffassung vom Anfang des Jahrhunderts, und forderten die Nationalisierung des Bodens aufgrund des genossenschaftlichen Grossbetriebs.³⁶ In der zweiten Kategorie der Programme waren die Standpunkte des Klein- und Grossbetriebs kombiniert. Sie forderten die Liquidierung des Grossgrundbesitzes und seine Aufteilung unter den Bauern, in der Mehrzahl der Fälle in Form einer gemässigten Agrarreform.³⁷ Die Programme haben nicht auf das sozialistische Ziel verzichtet, aber das von ihnen vertretene genossenschaftliche Prinzip ist nicht identisch mit der auf der Grundlage des Grossbetriebs aufgebauten Genossenschaft vom Anfang des Jahrhunderts, sondern sie haben eine lockere – Verwertungs-, Kredit-, Bezugs- usw. Genossenschaft festgelegt: keine Produktionsgenossenschaft für die gemeinsame Arbeit, sondern eine lockere Genossenschaft der Produzenten: eine Genossenschaft, aber „auf die Weise, dass darin das Aufrechterhalten der rechtlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit der Mitglieder“ gesichert werde.³⁸

Die dritte Kategorie machte sich eindeutig den Standpunkt des Kleinbetriebs zu eigen, die genossenschaftliche Idee wurde nicht einmal aufgeworfen, sondern bloss eine gemässigte Bodenreform gefordert. Während die Anhänger des Grossbetriebs deutlich erklärten, dass sie auf dem Boden der marxistischen Theorie der Konzentration stehen, liessen die Vertreter des Standpunktes des Kleinbetriebs (Bodenaufteilung) eine prinzipielle Begründung des Programms entfallen und schlossen sich eher aufgrund von humanitären Gesichtspunkten und des Produktivitätsprinzips der Sache der Bodenreform an. Allerdings enthielt dieser letztere Standpunkt indirekt die Leugnung der Theorie der Konzentration. Die beiden letzteren Kategorien müssen aber nicht nur deshalb verurteilt werden, sondern weil die gemässigten Reformforderungen ihrer Agrarprogramme die allgemeine politische Konzeption und Auffassung dieser Parteien ausdrückten. Sie bestimmten nicht gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, sondern auf dem Boden dieser Ordnung, darin eingebaut, ihre agrarpolitischen Aufgaben. Ihre Agrarforderungen und Programme waren gemässigte bürgerliche Reformprogramme, eine Kombination von bodenpolitischen und landwirtschaftlichen Reformprogrammen.

Worin liegt der Grund, dass die grosse Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien diese Auffassung vom Anfang des Jahrhunderts aufgab und sich auf den Standpunkt der Bodenreform stellte, das an sich noch keinen Fehler

bedeutet? Der eine Grund ist ohne Zweifel die Tatsache, dass die Mehrheit dieser Parteien mit den bürgerlichen Parteien zusammen regierungsfähig sein wollte und passte sich daher in ihrer Agrarauffassung an diese an. Andererseits wurde bei einem Teil dieser Parteien jene Auffassung vorherrschend, die zu Beginn des Jahrhunderts bloss als eine Tendenz auftrat und prinzipiell zurückgewiesen wurde, nämlich dass für die Landwirtschaft die Kapitalkonzentration nicht gültig ist, die Produktivität von der Betriebsgrösse nicht abhängt, der Kleinbetrieb sogar gegenüber dem Grossbetrieb überlegen ist und der Grossbetrieb allmählich zerbröckelt wird. Aber auch das Beispiel von Russland übte eine entscheidende Wirkung aus. Die leninistische Agrarpolitik widerlegte in der Praxis die orthodoxe marxistische Auffassung, den unfruchtbaren Streit über Kleinbetrieb — Grossbetrieb, indem sie die Agrarfrage als eine politische Frage behandelte und die Zukunft der sozialistischen Agrarumbildung auf dem Wege der demokratischen Agrarumbildung auszeichnete. Nach 1917 konnten die sozialdemokratischen Parteien bei der Bestimmung ihrer Agrarpolitik nicht mehr die Erfahrungen und die Wirkung der Agrarpolitik der Oktoberrevolution übergehen. Es handelt sich nicht darum, dass sie die leninistische Konzeption übernommen hätten, umso mehr aber davon, dass die restlose und unveränderte Verkündung der Auffassung vom Anfang des Jahrhunderts im Spiegel der Agrarpolitik der Oktoberrevolution als Anachronismus gegolten hätte. Sie änderten also ihre Agrarpolitik, aber in der Mehrzahl der Fälle auf eine solche Weise, dass diese Änderung im Einklang mit der ganzen Politik der Parteien und ihr untergeordnet eine Verschiebung in die Richtung des Reformismus bedeutete, auch wenn gewisse Änderungen in positiver Richtung wirkten. Ein solcher positiver Zug war die Stellungnahme für eine demokratische Agrarumbildung, aber dadurch, dass die demokratische Agrarumbildung nicht der sozialistischen untergeordnet wurde, wiederholten sie die irrtümliche Auffassung vom Anfang des Jahrhunderts mit einem anderen politischen Inhalt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Parteien nahm auf einer Weise die demokratische Agrarumbildung, die Bodenreform an, dass sie auf das Niveau der bürgerlichen Demokratie herabsanken und die sozialistischen Ziele aufgaben, oder in die ferne Zukunft verlegten.

Die Agrarprogramme der internationalen Sozialdemokratie, die in den 20-er Jahren aufgestellt wurden, übten auch auf die USDP einen entscheidenden Einfluss aus. Sie beschleunigten das Erscheinen des Agrarprogramms der ungarischen Partei und halfen bei der Entscheidung der prinzipiellen Fragen und Diskussionen. Freilich gaben sie nicht der ganzen Partei — und vor allem nicht der Parteileitung — einen Impuls zur Herstellung des Agrarprogramms, sondern in erster Reihe der Opposition. Die Agrarprogramme der ausländischen Parteien bildeten in der Hand der Opposition ein bedeutendes Argument, eine ernste Waffe gegen die Parteileitung bei der Forderung, die jahrzehntealte Schuld der Aufstellung des Agrarprogramms endlich zu tilgen. Der innere Kampf war ernst und nahm viel Zeit in Anspruch. Das Agrarprogrammkomitee wurde in 1925 gebildet und das Programm wurde erst in 1930 fertiggestellt. Die Parteileitung war bestrebt die Arbeiten des Programms um jeden Preis in die Länge zu ziehen, die Opposition dagegen wollte es mit voller Kraft beschleunigen. Es kann aber nicht als zufällig betrachtet werden, dass

die USDP nach den anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien sozusagen als letzte ein Agrarprogramm aufstellte.

Was war der Grund der seitens der Parteileitung bereiteten Schwierigkeiten und der Drängung der Opposition? Wenn es auch noch so merkwürdig klingt, beide Seiten hatten denselben Grund.

Sowohl die offizielle Parteileitung, als auch die Opposition war sich klar darüber, dass die besonders schonungslose Verfolgung der sozialdemokratischen Partei dann begonnen hatte, als die Partei begann, sich mit der Agrarfrage zu befassen und versuchte, das Agrarproletariat zu organisieren und der sozialdemokratischen Bewegung anzuschliessen. Die ungarischen herrschenden Klassen waren geneigt, eine gemässigte sozialdemokratische Bewegung in der Stadt im Kreis der Industriearbeiter zu dulden, aber sie waren damit nicht mehr einverstanden, dass sie ihre Reihen durch die massenhafte Parteiorganisation der Agrarproletarier ergänze.³⁹

Ein Grundmotiv der Taktik der Opposition innerhalb der USDP, von István Várkonyi – ja sogar von Ervin Szabó und seiner Gruppe – bestand darin, dass sie den Radikalismus der Partei durch die Lancierung der Agrarfrage wieder ins Leben rufen wollten. Sie gingen davon aus, dass in Ungarn die Agrarbewegung nur eine radikale Bewegung sein kann. Eine radikale Agrarbewegung zieht aber den Zusammenstoss mit den Behörden nach sich, das wieder auf die ganze Politik der Partei auswirkt und sie in eine radikale Richtung zwingt. Deshalb waren sie bestrebt, die Agrarbewegung zu fördern und zu stärken.⁴⁰ Sie sahen eine Bedingung der Ausbildung der Agrarbewegung in der Aufstellung eines Agrarprogramms, deshalb forderten sie leidenschaftlich dessen Ausarbeitung. Aber auch die Parteileitung war sich im Klaren mit den Folgen. Die Agrarbewegungen glitten meistens aus der Hand der Parteileitung, wenn sie zu ihrer Organisation gezwungen war, und überschritten in ihrem Radikalismus die Rahmen, die sich die Parteileitung vorgestellt hatte. Die herrschende Klasse reagierte aber stets lebhaft und grob auf die sozialdemokratischen Bauernbewegungen. Ein Aufschwung der Bewegung war immer mit Erhöhung des Terrors begleitet. Da die Parteileitung den scharfen Zusammenstoss mit den herrschenden Klassen vermeiden wollte, enthielt sie sich im Interesse der Aufrechterhaltung der reformistischen Bewegung von der Organisation der Agrarbewegung. Deshalb zog sie die Sache des Agrarprogramms in die Länge, weil sie Angst hatte, dass das Agrarprogramm die Bewegung auf dem Land entfacht, den Gegensatz zwischen der herrschenden Klasse und der USDP verschärft.

Auf dem Kongress von 1926 unterbreitete die Opposition zwei Beschlussanträge, von denen der eine ausgesprochen in den Fragen der Agrarpolitik die Parteileitung verurteilte und eine scharfe Kritik gegen Ges. Art. XXXVI. 1920 verlangte sowie, dass eine neue radikale Bodenreformforderung aufgestellt werde, um deren Erkämpfung die Partei eine Landesaktion einleiten solle.⁴¹ Die Sache des Agrarprogramms wurde von der Parteileitung auf dem Kongress mit der Begründung von der Tagesordnung abgenommen, dass das Agrarprogramm „vorangehend einer Diskussion unterbreitet werden muss.“ Dagegen hat sie versprochen, dass der Programmentwurf in Kürze publiziert und „in der kürzesten Zeit“ dem Kongress vorgelegt wird. Auf Vorschlag der Parteileitung behandelte der Kongress den Punkt der Tagesordnung über die

Landarbeiterbewegung als letzten Punkt auf dem Kongress und ebenfalls auf Vorschlag der Parteileitung wurde es nach einigen Diskussionsbeiträgen mit der Begründung abgeschlossen, dass die Delegierten vom Land abreisen müssen.⁴²

Nach dem Kongress begann das Agrarprogrammkomitee die Arbeit und betraute József Takács, den Sekretär der Landarbeiterversammlung, mit der Verfertigung des Entwurfs. Takács stellte auch den Entwurf vor den XXVIII. Kongress (Januar 1928) Ende 1927 fertig, da aber die Mitglieder des Komitees „keine Gelegenheit hatten, die ausländischen Entwürfe zum Gegenstand einer Diskussion zu machen“, befassten sie sich auch nicht mit dem fertigen Entwurf. Das Komitee war übrigens der Meinung, dass die öffentliche Besprechung und Behandlung des Programms „nur in einer geeigneteren Atmosphäre möglich ist“. Deshalb hielten sie die Aufstellung des Programms nicht für zeitgemäss, sie stellten sich auf den Standpunkt des Abwartens und begnügten sich statt der Aufstellung des Programms mit der Sammlung des Materials. In dem Vorschlag, den sie der Parteileitung vorlegten, beantragten sie, dass „die Parteiversammlung über den weiteren Auftrag des Komitees in der Weise entscheiden soll“, dass das Komitee den Programmentwurf nur in seinem eigenen Schosse diskutiere und erst später „zu einem geeigneten Zeitpunkt – zwecks Diskussion – der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringe“ und an die Tagesordnung der nächsten Parteiversammlung setze.⁴³ So wurde das Agrarprogramm von der Tagesordnung des Kongresses von 1928 wieder vor den nächsten Kongress verschoben.

Dieses Vorgehen der Parteileitung löste eine ausserordentliche Empörung aus. Auf dem Kongress von 1928 verurteilte die Opposition in mehreren Beschlussanträgen die Parteileitung, weil „die Partei trotz Bechlusses des Kongresses noch immer das Agrarprogramm nicht fertiggestellt hat, wodurch das Einbeziehen der opferwilligsten Arbeitermassen in die Arbeit der Partei unmöglich gemacht wird“.⁴⁴ Ein ohne Angabe des Verfassers vervielfältigter Oppositionsvorschlag forderte unter anderen die Enteignung des Grossgrundbesitzes der Kirche und die Fertigstellung des Agrarprogramms.⁴⁵ Auch der Beschlussantrag der Parteiorganisation XIV. forderte die dringende Fertigstellung des Agrarprogramms.⁴⁶ Es lässt sich auf die Gegensätze um das Agrarprogramm daraus schliessen, dass die Mehrzahl jener, die auf dem Kongress von 1928 das Programm verlangten, die Forderungen und den Inhalt des vorgestellten Programms eingehend erörterte.⁴⁷

Die Sprecher, die das Agrarprogramm forderten, wurden von der Mehrheit der Delegierten am Kongress durch begeisterten Applaus und Zustimmung unterstützt. Die Tapferkeit der Kritiker und die Schärfe ihrer Kritik wurde durch die Rede von Donneberg, des Delegierten der österreichischen Partei, noch erhöht, der die Erfolge der österreichischen Partei seit Erscheinen des Agrarprogramms bekannt gab. Donneberg betonte stolz, dass die österreichische sozialdemokratische Partei in den Dörfern stark vorgestossen ist und in Burgenland 25% der Stimmen erwarb. „Wir haben ein neues Agrarprogramm ausgearbeitet und auf dieser Grundlage haben wir am Land ausgezeichnete Ergebnisse im Kreis der Bauernschaft erzielt“.⁴⁸ – sagte Donneberg.

Die Parteiorganisation von Hódmezővásárhely unterbreitete einen Beschlussantrag, wonach der Kongress die Parteileitung anweisen sollte, das

Agrarprogramm“ bis zum nächsten Kongress“ fertigzustellen.⁴⁹ Mehrere Beschlussanträge und Reden forderten die Organisation einer Massenbewegung „im Interesse der neuen ungarischen Bodenreform“.⁵⁰ Die Agrarpolitik der Parteileitung wurde von mehreren Rednern als opportunistisch bezeichnet.

Die Parteileitung befand sich in einer schwierigen Lage, aber sie rechtfertigte sich ziemlich leicht. István Farkas versuchte in Beantwortung der Kritiken den Kongress davon zu überzeugen, dass „der Zeitpunkt zur Ausarbeitung und zur öffentlichen Diskussion des Agrarprogramms nicht geeignet sei“. Der Programmentwurf sei bereits vorhanden – sagte er – und versprach, dass „das Komitee den Entwurf behandeln“ und „Gelegenheit finden werde“ ihn zur Diskussion vorzulegen, für das Fehlen des Programms machte er das gegenrevolutionäre Regime verantwortlich, das keine solche Atmosphäre sichert, die zur umfassenden Diskussion des Entwurfs geeignet wäre. Aber aus der Rede von Farkas wurde auch klar, dass zwischen der Parteileitung und dem das Programm vorbereitenden Komitee Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Inhalts des Programms vorhanden sind. Der Kongress billigte aufgrund der Argumente von Farkas den Vorschlag, das sich das Komitee mit der Sache des Agrarprogramms weiter befassen soll.⁵¹

Das Agrarprogramm wurde bis zum Kongress von 1929 nicht fertig und es wiederholten sich in milderer Form die Szenen des Kongresses von 1928. Die Behandlung des Programms wurde wieder auf den nächsten Kongress verschoben und das Komitee zur Vorbereitung des Agrarprogrammentwurfs wurde neu gewählt.⁵² Wieder wurde József Takács mit der Abfassung des Agrarprogrammentwurfs betraut. Takács verfertigte den Entwurf und derselbe wurde von einem Ausschuss aus drei Mitgliedern für die Abfassung des Textes in endgültiger Form abgefasst.⁵³ Die Népszava veröffentlichte am 1. August 1930 den vom Komitee fertiggestellten Entwurf.⁵⁴ Verschiedene Ursachen spielten unseres Erachtens dabei mit, dass das Agrarprogramm überraschend schnell auf die Tagesordnung des XXVII. Kongresses gestellt wurde, in erster Reihe der Ausbruch und schnelle Vertiefung der Agrarkrise. Als Folge der Krise brachen im Winter 1929 und Frühjahr 1930 heftige Landarbeiter- und Kleinbauernbewegungen aus und das politische Leben nahm auf dem Land einen Aufschwung. Der Bewegung der Kleinbauernschaft folgte eine politische Aktivierung der mittleren Bauernschaft. Versammlungen der Bauernschaft folgten sich überall auf dem Land und es bildeten sich Kleinbauerngruppen: der Gegensatz der Bauernschaft und des gegenrevolutionären Regimes verschärfte sich, stellenweise kam es zu scharfen Konflikten.

Die Verhältnisse waren für die Veröffentlichung des Agrarprogramms sehr günstig, die USDP konnte davon mit Recht ein ernstes Ergebnis erwarten. Diese günstigen Verhältnisse wurden sowohl seitens der Parteimitgliedschaft, als auch seitens der Parteileitung erkannt. Schon bei den Vorbereitungen des Kongresses wurde es klar, dass ein Teil der Delegierten in der Sache des Agrarprogramms scharf aufzutreten beabsichtigt,⁵⁵ und dieser zu erwartende Angriff beschleunigte den Entschluss der Parteileitung.

Die Parteileitung war nicht mehr so sehr gegen die Vorlage und Annahme des Programms von dem Kongress, wie in 1928, bzw. in 1929. Das ist dadurch zu erklären, dass bei der Entfaltung der Krise im Standpunkt der Regierung

bezüglich der Organisation der Partei auf dem Land eine gewisse Änderung eintrat. Ende 1929 brachte der Innenminister im Zusammenhang mit der Bildung einer örtlichen Parteiorganisation in Kondoros eine wichtige prinzipielle Entscheidung. Die Bildung der örtlichen Parteiorganisation wurde von der Verwaltungsbehörde der bisherigen Praxis entsprechend nicht genehmigt. Dagegen besagte die prinzipielle Entscheidung des Innenministeriums, dass die USDP eine „im ganzen Land anerkannte politische Partei ist, deren politische Organe ohne jede behördliche Genehmigung ihre Funktion ausüben dürfen.“ Das heisst, dass die Bildung von Parteiorganisationen in den Dörfern an keine Genehmigung gebunden ist, sondern bloss eine Einmeldepflicht besteht, die von den örtlichen Behörden zur Kenntnis zu nehmen ist.⁵⁶

Dieses „liberalere“ Verfahren förderte die grössere Aktivität der Parteileitung, weil sie dachte, dass die Organisation der Agrarbewegung zu keinem Konflikt zwischen der Partei und der Regierung führt, durch die Organisation auf dem Land die Verfolgung der Partei nicht verstärkt wird. In dieser Lage hielt die Parteileitung die Veröffentlichung des Agrarprogramms für „zeitgemäss“.

Die Erörterung des Programms wurde ermöglicht, das Erscheinen gefördert durch jene Tatsache, dass es bis 1930. gelungen ist, in den prinzipiellen Fragen des Agrarprogramms im grossen und ganzen einen einheitlichen Standpunkt auszugestalten, die Anhänger des Kleinbetriebs gewannen die Oberhand.

Der Kongress der USDP delegierte in 1925 das neue Agrarprogrammkomitee: die Arbeit der Vorbereitung des Programms dauerte 5 Jahre und bis zum 1. August 1930 war es unsicher, ob der fertige Entwurf dem Plenum des Kongresses vorgelegt wird. Diese lange Vorbereitungsperiode selbst verlangt Kritik gegenüber der agrarpolitischen Tätigkeit der USDP. Sie beweist, dass die Parteileitung kein grosses Gewicht auf die Sache des Agrarprogramms legte.

Es taucht mit Recht die Frage auf, was die Ursache dieser beinahe verblüffender Langsamkeit und Verzögerung war, womit das Agrarprogramm der USDP vorbereitet wurde.

Oben wurde bereits erwähnt, dass der Festigstellung des Agrarprogramms innerhalb der Partei scharfe Diskussionen, Streite über wichtige theoretische Fragen vorangingen. Im Laufe dieser Diskussionen revidierte die USDP mehrere bisher verkündete Auffassungen und modifizierte sie teilweise oder grundlegend. Hinter dem langsamen Tempo der Verbreitung des Programms lagen gegensätzliche Anschauungen und Auffassungen verborgen, der Kampf dieser gegenüberstehenden Auffassungen hinderte die Arbeit. Ein Grossteil der Streitfragen wurde weder der Öffentlichkeit, noch den Parteimitgliedern bekannt, sie spielten sich innerhalb der Parteileitung ab und wurden dort entschieden.

Auch die Rede von István Farkas auf dem XXV. Kongress liess erkennen, dass hinter den prinzipiellen Fragen des Agrarprogramms scharfe Diskussionen und gegensätzliche Auffassungen verborgen sind. Auch der Unterschied der Agrarforderungen, die auf den einzelnen Kongressen oberflächlich umrissen worden sind, weist darauf hin.

Die Gegensätze auf den Kongressen bezogen sich jedoch eher auf die sekundären Fragen, auf den Inhalt, den Radikalismus einzelner Forderungen

der Programmpunkte, nicht aber auf die tieferen theoretischen Probleme. Die Rede des Parteisekretärs von Komitat Csongrad, István Erdei, lässt auf die Gegensätze schliessen, der die Ursache des Nichtfertigwerdens der Agrarprogramms darin zu entdecken wähnte, dass die abweichenden Auffassungen und Richtungen innerhalb der Partei nicht vereint und auf denselben Nenner gebracht werden konnten.⁵⁷

Die verschiedenen Auffassungen und Ansichten sind auch aus den ziemlich zahlreichen, vorangehend ausgearbeiteten Programmentwürfen, Vorschlägen und zu diesen Entwürfen angegebenen Bemerkungen ersichtlich.⁵⁸ Worin unterscheiden sich diese vom Programm, das in 1930 offiziell angenommen wurde?

Ein Teil davon ist bedeutend radikaler und die Abfassung der Forderungen ist konkreter, als im Entwurf, der in 1930 angenommen wurde, andere dagegen stimmen damit überein und beschränken sich bloss auf Allgemeinheiten. Neben dem Radikalismus sind die ersteren mehr marxistisch, sie enthalten weniger nicht marxistische, ungenaue Definitionen und Begründungen. In einigen Entwürfen ist ein scharfer kapitalsfeindlicher Zug zu beobachten, sie treten „nicht nur gegen den Feudalismus“ auf. Es besteht auch ein Unterschied in der Frage der Grenze der Enteignung. Ein Teil der Vorschläge fordert die staatliche Enteignung des Grossgrundbesitzes über 200 Joch, eine andere Gruppe zieht die Grenze bei 500 Joch, die dritte Kategorie will die Enteignung des Grossgrundbesitzes über 500 Joch „innerhalb einer Generation allmählich“ verwirklichen.

Die Unterschiede prinzipiellen Charakters sind aber wesentlicher: die gegensätzlichen Standpunkte in den Fragen des Kleinbetriebs, Grossbetriebs, Kleinwirtschaft, Kollektive Wirtschaft, des Gemeineigentums und Privateigentums, des Rentenguts und Bodenwertsteuer. Ein Teil der Entwürfe stellt sich auf den Standpunkt des Kleinbetriebs und Bodenaufteilung, der andere auf den der Nationalisierung und Sozialisierung. „Aus den enteigneten Gütern sind Rentengüter zu bilden“, — die in folgender Reihenfolge an die Bauer zu verteilen sind:

- „a) an Bauernproduktionsgenossenschaften,
- b) an solchen Klein- und Zwergbesitzern, die über keinen Bodenbesitz verfügen, der zum Unterhalt einer Familie ausreicht,
- s) an Landarbeitern, die sachgemäss wirtschaften wollen und auch können.“

Die Anspruchsteller „erhalten der Boden für eine Rentensumme, die dem Bodenwert entspricht“. Dieser Entwurf kombinierte die Genossenschaft und den Kleinbesitz, wobei die erstere zwar bevorzugt, aber auch die Unterstützung des Kleinbesitzes nicht abgelehnt wurde. Dieser Standpunkt wurde dadurch begründet, dass „mit der Entwicklung des Kapitalismus die Kleinbauernschaft immer ärmer wurde und materiell zugrunde gegangen ist“. Die Differenzierung der Bauernschaft ist im Kapitalismus unvermeidlich, die selbständigen Kleinbauer vermehren „das Lager der Agrarproletarier“. Der Entwurf erkannte aber, dass sich der Kleinbauer vom Proletarlos nicht nur durch die sozialistische Lösung befreien möchte, sondern, um den Proletarierzustand zu vermeiden, „will er um jeden Preis zu Boden gelangen“ . . .⁵⁹

Ein anderer Entwurf kehrt die Reihenfolge der Aufteilung um und stellt an erste Stelle die Kleinbauer mit wenig Boden, an zweite Stelle die Landarbeiter und an dritte Stelle die „Bauernproduktionsgenossenschaften, deren Mitglieder selbst den Boden bebauen“.⁶⁰

Diese Entwürfe bekennen sich zur Theorie der landwirtschaftlichen Konzentration, der Überlegenheit des Grossbetriebs gegenüber dem Kleinbesitz. Andere Entwürfe konzipierten die Forderung der Enteignung – Kollektivisierung: der Grossgrundbesitz über 500 Joch soll enteignet und „womöglich auf genossenschaftlicher Grundlage den bodenlosen Landarbeitern übergeben werden“.

Nach diesem Standpunkt ist „das Gemeineigentum allmählich auszudehnen . . . Der Verkauf von Gütern in Gemeineigentum ist zu verbieten. Diese sollen an Arbeitergenossenschaften verpachtet werden“.⁶¹ Doch wir begegnen auch eine entschiedenere Konzipierung der Vermehrung des Gemeineigentums. Demnach sollen die grösseren Privatgrundbesitze vom Staat angekauft, die vernachlässigten Güter als Gemeineigentum enteignet werden. Die Majorate „sind durch die Gemeinschaft abzulösen“. Die Bodendonationen übergehen in Gemeineigentum. Ein Grundbesitz in Gemeineigentum darf nur dann aufgeteilt werden, wenn es infolge seiner natürlichen Gegebenheiten zum grossbetrieblichen Anbau ungeeignet ist“. Aber auch in diesem Fall bleibt das Eigentumsrecht des Staates aufrechterhalten.⁶² Dieser Standpunkt forderte die Nationalisierung des Bodens und die Sozialisierung des Grossgrundbesitzes.

Wir begegnen aber auch Entwürfe, die nur die Kleinbetriebslösung (Bodenaufteilung) vertraten, wieder andere wollten den Boden des Grossgrundbesitzes in Form von Erbpacht oder Pacht der Bauernschaft übergeben.⁶³

Wie es daraus ersichtlich ist, waren die Unterschiede des Agrarprogramms bezüglich der prinzipiellen Begründung und Inhalts, sowie der Betriebsform sehr gross. Es ist eigentümlich, dass das Programm von 1930 hinsichtlich der Grundsätze und der prinzipiellen Begründung vollkommen von der Mehrheit der Vorentwürfe abwich. Diese Abweichungen hatten teils eine positive, teils eine negative Wirkung.

*

Das Agrarprogramm von 1930 hat mit zahlreichen Auffassungen, mit dogmatisch behandelten oder gedeuteten Ansichten Schluss gemacht; es hat einen Versuch – an vielen Stellen richtigen Versuch – unternommen, die Agrarpolitik der USDP von den gegebenen gesellschaftlich – politischen Verhältnissen abzuleiten, die Lage der progressiven Kräfte zu erleichtern und die Sache der Demokratisierung des Landes zu fördern. Zugleich stand es in mehreren Beziehungen auf der Grundlage einer reformistischen Konzeption und machte nicht nur mit „veralteten“ Ansichten und dogmatischen Auffassungen sondern in mehreren Fragen auch mit der marxistischen Auffassung Schluss. In vielen Fällen, wo es sich auf einen richtigen Standpunkt bezüglich des Wesens und Inhalts der Forderungen stellte, wendete es bei der theoretischen Begründung eine reformistische Erklärung an.

Auch die Parteileitung erkannte diese Probleme und in Kenntnis der früheren Ereignisse befürchtete sie Konflikte, scharfe Diskussionen auf dem Kongress. Das wollte sie um jeden Preis vermeiden. Es war in der USDP üblich,

die sog. „heikligen Fragen“, die „ohne Gefährdung des Parteiinteresses nicht vor die grosse Öffentlichkeit des Kongresses gebracht werden können“⁶⁴, auf einer vertraulichen, engen Vorkonferenz zu behandeln. Eine solche „heiklige“ Frage der Vorkonferenz des XXVII. Kongresses war die Sache des Agrarprogramms.⁶⁵ István Farkas schlug mit der Begründung, dass viele beanstandeten, dass zur Erörterung des Agrarprogramms nicht genug Zeit zur Verfügung stand, die Aufstellung eines Komitees vor, „wo jeder Kongressdelegierte erscheinen kann, um seine Einwendungen und Vorschläge bezüglich des Agrarprogramms zu unterbreiten“.⁶⁶ Auf diese Weise wurde der erste Abschnitt der Behandlung des Programmentwurfs, die eventuellen Diskussionen und die Erörterung der heikligen Fragen, vom Plenum des Kongresses zu diesem beschränkten Komitee überleitet, das mit Ausnahme von einigen Personen identisch mit dem Programmvorbereitungskomitee war. Unseres Erachtens wählte die Parteileitung bewusst diese Form, um die eventuellen Probleme unter Ausschluss der Öffentlichkeit klären zu können. Bei dieser Methode blieb für die Verhandlung im Kongress nur die Erledigung der Formalitäten und die Erhebung des Programmentwurfs zu einem offiziellen Parteiprogramm, obwohl die Verhandlung im Komitee die Diskussion nicht verhindern konnte; sie wurde auch im Plenum des Kongresses fortgesetzt.

Während der Verhandlung befasste sich das Komitee mit drei prinzipiellen Fragen. „Es behandelte die abweichenden theoretischen und praktischen Fragen, die infolge des Gegensatzes zwischen Grossbetrieb und Kleinbetrieb in der Ausbildung der Ackerbaugenossenschaften und kollektiven Wirtschaften, und schliesslich der Bodenrente aufgetaucht sind“.⁶⁷ Die Diskussion über die Entschädigung und der Vorschlag, dass der Kongress das Programm bloss als Entwurf annehmen und erst der Kongress vom nächsten Jahr den vollen und endgültigen Text des Programms genehmigen soll, halten für sekundäre Probleme.⁶⁸ Das Komitee hielt es aber „in der aktuellen Lage des Landes“ für „unvermeidlich notwendig“, dass das Agrarprogramm „so bald wie möglich in den Dörfern veröffentlicht werde“.⁶⁹

In obigen Fragen standen die Vertreter des „alten“ und „neuen“ Standpunktes einander gegenüber. Eine der wesentlichsten Fragen der Vorbereitung des Agrarprogramms war die oft diskutierte Frage des landwirtschaftlichen Grossbetriebs und Kleinbetriebs. Bis zum Jahr 1930 gewannen im Lager der Vertreter des Gross- und Kleinbetriebs schon auf Einfluss der Agrarprogramme der ausländischen sozialdemokratischen Parteien — die Anhänger des Kleinbetriebs — der Bodenreform — die Oberhand.⁷⁰ Nach Mónus hörte infolge der Stellungnahme der Deutschen der bis dahin in der Internationale in bezug auf die Agrarfrage betandene Gegensatz auf.

Beinahe alle Schwesterparteien schufen oder schafften nacheinander ihr eigenes Agrarprogramm und fast alle übernehmen, wenn auch stillschweigend die Auffassung von Eduard David . . .⁷¹

Die Änderung in der Agrarauffassung der sozialdemokratischen Parteien beeinflusste in bedeutendem Grad auch die Agraranschauungen der USDP. Während nach der Jahrhundertwende die Auffassung von David bloss eine schwache Richtung war, erstärkte sie im Laufe der 20-er Jahre und wurde mit Annahme des Agrarprogramms von 1930 nach langen inneren Diskussionen zu der herrschenden Anschauung.

Bis 1930 verringerten sich die Anhänger des Standpunktes des Grossbetriebs und konnten in der Diskussion über das Agrarprogramm keine Kraft entfalten, in erster Reihe deshalb, weil sie einen „unzeitgemässen“ Standpunkt vertraten.

Sie beanstandeten, dass im Programmentwurf „die Kleinbauer in den Vordergrund traten“, dass „selbständige Kleingrundbesitze gefordert werden“. Sie konnten sich nicht von der Auffassung der Jahrhundertwende trennen, sie betonten auch weiterhin die alte Forderung der Nationalisierung und Sozialisierung des Grossgrundbesitzes. Sie wiederholten die Argumente der „erfolgreicheren“ produktiveren Wirtschaft der Kollektivgüter und kämpften gegen die Bodenaufteilung durch Hervorhebung des Zugrundegehens des Kleinbetriebs. Unter den Argumenten gegen die Bodenaufteilung war auch jene Anschauung von Luxemburg, wonach „der Bauer, wenn er Boden bekommt, konservativ wird“. Sie förderten auch weiterhin bloss die Interessen der Landarbeiterschaft, als Übergangsforderung hielten sie bloss die Abfassung von Programmpunkten zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und sozialen Lage des Agrarproletariats für richtig: sie forderten „die Organisierung der Landarbeiter und einen Kollektivvertrag“.⁷²

Ihre Reden und Argumente bewiesen, dass sie bei der Beurteilung der Agrarfrage bei der ökonomischen Deutung der Betriebsfrage blieben, sie konnten es auch im weiteren nicht als politische Frage deuten. Zwar vertraten sie die „konsequent sozialistischen“ Grundsätze, der politisch richtigere Standpunkt wurde durch die Stellungnahme der Kongressdelegierten ausgedrückt, die die Parteileitung unterstützten. Die Anhänger des „alten“ Standpunktes vertraten dem Wesen nach die marxistischen Prinzipien, aber sie waren nicht instande, den Zusammenhang und Wechselwirkung der sozialistischen und demokratischen Aufgaben zu verstehen, theoretisch zu klären und in ein Programm zu fassen. Deshalb bewies ihr Auftreten für die abstrakten sozialistischen Grundsätze ihre Rückständigkeit und war die Quelle ihrer Niederlage.

Sie konnten die Perspektive der sozialistischen Landwirtschaft auf eine Weise auffassen, dass dieselbe organisch aus der demokratischen Agrarumbildung folge. Ihre Treue zu den sozialistischen Grundsätzen verdient moralisch eine Anerkennung, aber sie konnten die Sache des Sozialismus in dieser Form nicht vorwärtsbringen.

Bei ihrer Beurteilung darf aber nicht unbeachtet bleiben, dass sie zwar von einer unrichtigen theoretischen Grundlage, aber gegen die ebenfalls unrichtige theoretische Auffassung der Parteileitung auftraten und hinter den unrichtigen Argumenten die Rechenschaftsforderung des sozialistischen Zieles und auch das berechtigte Auftreten gegen gewisse antimarxistische Anschauungen verborgen war.

Es wurde schon erwähnt, dass sich die USDP vor dem Weltkrieg zu dem Prinzip der marxistischen Konzentration bekannte, den Standpunkt des Grossbetriebs vertrat und die Nationalisierung des Grossgrundbesitzes und seinen genossenschaftlichen Bau forderte. Sie erkannte nicht, dass die Agrarfrage keine Betriebsfrage, sondern eine politische Frage ist, dass in Ungarn infolge des Übergewichts des Grossgrundbesitzes die demokratische Agrarumbildung einer sozialistischen Agrarumbildung vorangehen muss.

An dieser Auffassung änderte die USDP in 1930 und nahm richtigerweise für die demokratische Agrarumbildung Stellung. Da spielte neben dem Gesagten auch jene Tatsache mit, dass die USDP erkannte, dass sie nicht die Abfassung der demokratischen Aufgaben ablehnen kann, wenn sie im Kreise der Bauernschaft einen bedeutenderen Einfluss erreichen will. Auf dem Kongress wurde dieses Erkenntnis auch klar niedergelegt: „dass heute das Agrarprogramm behandelt werden kann“, dabei spielen „auch unsere Niederlage und unsere Erkenntnisse“ eine Rolle.⁷³

Es wurde als ein Fehler betrachtet, dass die USDP in 1918, als sie Gelegenheit gehabt hätte eine Bodenreform durchzuführen, jeden Boden nationalisieren wollte und darüber gestritten wurde „ob der Boden Rentenbesitz oder Erbeigentum sein soll, Kleinbesitz oder Grossbetrieb“. Nach den Lehren von 1918 und 1919, sowie nach den Programmen der Schwesterparteien ist zu sehen, in welcher Richtung zu gehen ist...“⁷⁴

Die Aufgabe der alten Prinzipien und die Ausarbeitung der neuen agrarpolitischen Konzeption wurde durch den Umstand erleichtert, dass die USDP in ihrer allgemeinen Politik die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Umbildung abgefasst hatte. Die sozialdemokratische Partei erkannte richtig, dass die stärkste Grundlage der politischen Reaktion die Grossgrundbesitzer sind und durch ihre Beseitigung sollte die Sache der bürgerlichen Demokratie unter günstigere Bedingungen kommen: die Bodenfrage ist bei uns nicht bloss eine wirtschaftliche Frage, sondern auch eine politische, darüber führt der Weg zur bürgerlichen Demokratie“. Deshalb betonte der Kongress, dass „zwecks Demokratisierung des Landes eine der ersten Aufgaben die Beseitigung des Systems des Grossgrundbesitzes ist“⁷⁵ Das aber war bloss die theoretische Stellungnahme, die reformistisch-praktizistische Politik der Parteileitung diente nicht ihrer praktischen Verwirklichung. Dabei war diese politische Strategie auf einer unrichtigen theoretischen Grundlage aufgebaut und beurteilte falsch die wirtschaftlich-politischen Verhältnisse des Landes. Deshalb besagte sie auch wenig; die USDP übertrieb das Gewicht der feudalen Reste und das Agrarprogramm war auf die Theorie der Partei „über das feudale Ungarn“ aufgebaut. Es besagte, dass „in Ungarn die Hauptquelle der Übelstände nicht im Kapitalismus, sondern im Gegenteil darin liegt, dass der Kapitalismus noch nicht genug entwickelt ist“.⁷⁶ In einer etwas abgeänderten Form wurde „auch weiterhin jene Theorie von der Zeit vor dem Weltkrieg aufrechterhalten, dass in Ungarn nicht das kapitalistische System, sondern das feudale-diktatorische System gestürzt werden muss“.⁷⁷ Deshalb muss sich das ganze Land „gegen die feudale Ordnung“ zusammenschliessen⁷⁸ und die arbeitenden Massen müssen „von den Ketten des Feudalismus“ befreit werden.⁷⁹ Nach Auffassung der USDP befindet sich „die Verwaltung und die ganze Staatsorganisation in den Händen des Grossgrundbesitzes“⁸⁰ und eine Beseitigung eröffnet den Weg für ein bürgerliches Ungarn.

Entsprechend dieser Auffassung sind die antifeudalen Forderungen des Programms sehr scharf⁸¹ – in ihrem Radikalismus überschreiten sie sogar die Reformforderungen der deutschen Partei.⁸² Zugleich sind aufgrund dieser Auffassung die gegen das Industriekapital, gegen die Kartelle gerichteten Forderungen gemässigt und in sehr milder Abfassung im Programm aufgenommen.

Neben dem falschen Ausgangspunkt muss der neue agrarpolitische Standpunkt der USDP, worin sie durch Bodenreform für die Liquidierung des Systems des Grossgrundbesitzes und für die Bodenaufteilung Stellung nimmt, grundsätzlich als richtig betrachtet werden. Die USDP übergang aber auf die Forderung der demokratischen Agrarumbildung auf die Weise, dass sie sich in mehreren Fragen von der marxistischen Auffassung entfernte und die neue Agrarkonzeption mit einer reformistischen Auslegung unterstützte.

Die Forderung der Bodenreform wurde theoretisch damit begründet, dass die Theorie der Betriebskonzentration für die Landwirtschaft nicht gilt. Sie anerkannten nicht jene marxistische These, dass der Kleinbesitz dem Untergang geweiht ist. Sie verkündeten, dass die Entwicklung in die Richtung des Kleinbesitzes, als zukünftige Wirtschaftsform fortschreitet.⁸³ József Takács, der Vortragende der Agrarfrage auf dem Kongress, begründete die neue Richtung damit, dass „in der Agrarfrage keine veralteten Schablone angewandt werden können“ und behauptete, dass „der ausgearbeitete Programmentwurf die alten Schablone beseitigt“ und „sich neben das System des Kleinbesitzes stellte“, weil „in der Landwirtschaft die Zukunft dem Kleinbesitz gehört“.⁸⁴ Sándor Wiesner gab bei seiner Stellungnahme in Frage der Konzentration jener Ansicht Ausdruck, dass die Konzentration in der Industrie gültig ist, aber in der Landwirtschaft nicht zur Geltung kommt, weil „die industrielle und die landwirtschaftliche Produktion unterschiedlich ist.“ Als Beweis seiner Argumente berief er sich auf die Ansichten, die Eduard David in seinem Werk: „Sozialismus und Landwirtschaft“, abgefasst hatte.⁸⁵

Auch Ferenc Szeder versuchte in seiner Rede zu beweisen, dass „das Produktionssystem des Grossbetriebs hinsichtlich der Produktivität“ dem Kleinbetrieb nicht überlegen ist.⁸⁶

József Takács befasste sich in einem Vortrag in 1943 mit den Auseinandersetzungen über das Agrarprogramm von 1930 und behandelte eingehend die Frage der Konzentration und die Stellungnahme der USDP in dieser Frage. In diesem Vortrag konzipierte er schon eindeutiger die auch auf dem Kongress aufgetauchte Streitfrage und Stellungnahme. „Seinerzeit wurde in den Diskussionen über die Betriebsfrage – sagte er – als absolute Wahrheit jene Theorie aufgestellt, dass der landwirtschaftliche Grossbetrieb in jeder Hinsicht dem Kleinbetrieb überlegen ist. Zugleich stellte aber die objektive wissenschaftliche Forschung fest, dass sowohl der durch entwickeltere Produktionsmethoden erzielte höhere Ernteertrag, als auch die Versorgung der Städte von der Betriebsgrösse unabhängig ist“. Die marxistische Konzentrationstheorie war in der ersten Hälfte der Entwicklung des modernen Kapitalismus gültig, „aber seitdem ist ein Jahrhundert vergangen . . . und die Wirklichkeit zeigt in mehreren Beziehungen wesentliche Abweichungen . . . auch die Betriebskonzentration verläuft nicht in gerader Richtung, sie betrifft auch nicht gleichförmig jeden Produktionszweig . . . die Kleinbesitze gehen nicht nur nicht zugrunde, sondern sie vermehren sich im Gegenteil zahlenmässig und dem Gebiet nach und erleben eine Blüte“.⁸⁷

Die politische Stellungnahme der USDP für den Kleinbesitz und gegen den Grossgrundbesitz bedeutete zugleich, dass sie sich im Streit zwischen der Bauernschaft und den Grossgrundbesitzern für die Bauernschaft einsetzte und den Klassenkampf der Bauernschaft gegen den Grossgrundbesitz unter-

stützte. Dieses Verhalten war unter den damaligen Verhältnissen ein progressiver und richtiger politischer Schritt. Politisch konnte es begründet werden und war auch ein richtiger Standpunkt, dass die USDP verkündete: die Bauernschaft, der Kleinbesitz, könne den Grossgrundbesitz in der Leitung der Landwirtschaft ablösen. Dadurch förderte sie die Sache der politischen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, da ja das sich frei entwickelnde Bauerngut einen Fortschritt im Vergleich zu dem widerspruchswollen Grossgrundbesitz bedeutet hätte. Es war aber unrichtig, die grundsätzlich richtige politische Stellungnahme mit einer unrichtigen theoretischen Begründung zu unterstützen. Die Stellungnahme für den Kleinbesitz durfte nicht die Aufgabe jenes prinzipiellen Standpunktes bedeuten, dass „der Grossbetrieb auch in der Landwirtschaft produktiver ist, als der Kleinbetrieb, dass die Entwicklung letzten Endes die Überlegenheit des Grossbetriebs zeigt und seinen Sieg nachsich zieht. Gäben wir diesen Standpunkt auf, so würden wir unseren Proletarklassenstandpunkt aufgeben und aufhören Sozialisten zu sein“.⁸⁸

*

Es versteht sich von selbst, dass neben der Annahme des Kleinbetriebsstandpunktes auch die bisher verkündete Genossenschaftskonzeption abgeändert werden musste. Die Modifizierung weist zugleich positive und negative Züge auf. Das Agrarprogramm der USDP stellte sich nicht gegen die Genossenschaftsidee. Die kurze prinzipielle Erklärung des Programms redet über die Förderung der „freiwilligen Assoziation der Bauer“, und im kurzen, kaum eine Seite langen Schlusskapitel: „Die Zukunft gehört dem Sozialismus“, wird jener Hoffnung Ausdruck verliehen, dass der Sozialismus „die Massen mit der Idee der Assoziation erfüllen und dadurch die seelischen Voraussetzungen der höheren Entwicklung der freiwillig errichteten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften schaffen wird.“⁸⁹

In der Auffassung des Programms über die Genossenschaften kamen die niedrigeren Genossenschaftsformen in den Vordergrund. Das kann an sich nicht als ein Fehler betrachtet werden, mit einer gewissen Übertreibung ist es sogar als eine Anwendung des Prinzips der allmählichen Entwicklung zu bezeichnen. Handelte es sich darum, so müsste es eindeutig positiv gewertet werden. Aber die Diskussion des Programmentwurfs und auch das Programm selbst beweist eher das Gegenteil. Die Betonung der niedrigeren Genossenschaftsformen war mit der Zurückstellung der prinzipiellen Fragen der höheren Form, der kollektiven genossenschaftlichen Wirtschaft, besser gesagt mit einer so unklaren Abfassung dieser Fragen verbunden, woraus es klar wird, dass das Programm die Klärung der Frage des Endziels unterliess.

Wäre dieser Schritt aus politischen Bedenken unternommen worden, weil die Behandlung der Frage unter den gegebenen Umständen politisch unvertretbar gewesen wäre, so könnte dieses Verfahren anerkannt werden und annehmbar sein. Deshalb könnte das Programm noch politisch richtig und sozialistisch sein. Auch das Agrarprogramm der USAP von 1926 befasste sich nicht mit den prinzipiellen Fragen der sozialistischen Lösung, die demokratischen Aufgaben waren aber so abgefasst, dass der Text schon an sich zeigte, dass das Programm das einer sozialistischen Partei ist, einer sozialistischen Partei, die die Sache des Sozialismus vertritt. Das Agrarprogramm der USDP sprach aber über das

sozialistische Ziel in der Weise, dass sich die sozialistische Perspektive in der Zukunft verlor; ihre Stellungnahme ist weder eindeutig, noch klar zu nennen. Es ist kein Zufall, dass sich die schärfste Auseinandersetzung um diese Frage auf dem Kongress entfaltete. Trotz der 20 stündigen Diskussion des Entwurfs im beschränkten Agrarkomitee war auf dem Plenum des Kongresses um diese Frage eine lebhaft Polemik. Das Agrarkomitee stellte zwar fest, dass es „die Unterstützung der Bauerngenossenschaften“ für notwendig hält, doch weicht es der konkreten Bestimmung und Umschreibung der höheren sozialistischen Genossenschaftsform mit der allgemeinen Bemerkung aus, dass „in dieser Hinsicht erst die sozialistische Ausgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung eine endgültige Lösung mit sich bringen kann“.⁹⁰ Als Ergebnis der Diskussion war die Parteileitung gezwungen, im endgültigen Text im Vergleich zum Entwurf mehr über das sozialistische Ziel zu sagen. Im Entwurf fehlt ganz folgender Abschnitt, der nach der Diskussion in dem endgültigen Text aufgenommen wurde: „Im Laufe des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft werden die Massen allmählich mit der Idee der Assoziation erfüllt und dadurch werden die seelischen Voraussetzungen der höheren Entwicklung der freiwillig errichteten Bauerngenossenschaften geschaffen. Die auf freiwilliger Assoziation aufgebaute hochwertige Wirtschaft wird dann die technischen Vorteile des Grossbetriebs für die Bauer verwerten . . .

Es ist die Zeit gekommen, dass auch das Volk am Land für den Sozialismus Sturm läute“.⁹¹

Das vom Kongress angenommene Programm war also gezwungen „die technischen Vorteile des Grossbetriebs“ zu verkünden und erkannte mit einer zwar ausserordentlich unklaren Abfassung den Bedarf „der höheren Entwicklung der Genossenschaften“ an, den es aber mit den unklaren und nicht marxistisch abgefassten „seelischen Voraussetzungen“ in Zusammenhang brachte. Die Perspektive des Sozialismus wurde aber von der USDP in die ferne Zukunft verlegt und die Art und Weise ihrer Verwirklichung offen gelassen. Das kann sowohl als ein taktischer Schritt, aber auch als bewusste politische Tätigkeit betrachtet werden.

Vor dem ersten Weltkrieg betrachtete die USDP als Assoziation ausschliesslich die grossbetriebliche genossenschaftliche Produktion, in 1930 kam die Forderung der Produktionsgenossenschaften niedrigeren Grades in den Vordergrund: damals die Produktionsgenossenschaft, jetzt eine Genossenschaft der Produzenten. Während vor dem ersten Weltkrieg die Umschreibung der niedrigeren Genossenschaftsformen unterlassen wurde, wurde diese Unterlassung in 1930 bei den höheren Formen angewandt. „Eigentlich sind keine landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften notwendig, wo die Mitglieder die Produktion auf gemeinsamen Boden in Zusammenarbeit durchführen, sondern die Assoziation der landwirtschaftlichen Produzenten“ – sagte József Takács in 1943, als er die sozialistischen Zielsetzungen des Programms von 1930 analysierte. Zur Begründung nahm auch er als Grundlage die Erklärung von David: die Natur der industriellen und der landwirtschaftlichen Arbeit ist verschieden: „weil die landwirtschaftliche Arbeit die individuelle Arbeit des Bauers erfordert und bloss die Verwertung, Bearbeitung, Lagerung, sowie der Einkauf der Maschinen und anderer Geräte gemeinsam zu erfolgen hat“.⁹² Aufgrund der Betonung der abweichenden Besonderheiten

der Industrie und der Landwirtschaft⁹³ trennten einzelne Delegierte auf dem Kongress auch die sozialistische Perspektive der Industrie und der Landwirtschaft scharf voneinander: „in der Industrie ist die Befreiung des Arbeiters von der Ausbeutung dadurch zu erreichen, dass die kollektive Produktion ins Leben gerufen wird, in der Landwirtschaft dagegen dadurch, dass der Arbeiter zu Boden kommt und zu einer selbständigen Existenz wird.“⁹⁴

Die „radikalen“ Kritiker des Programmentwurfes kritisierten das Programm innerhalb dieses Problemenkreises in zwei Punkten. Sie beanstandeten, dass im Programmentwurf „nicht festgelegt wurde, welche die Übergangsprobleme (Forderungen; Anm. des Autors) und welche die endgültige Forderungen sind“, weiterhin, dass das Programm „das sozialistische Endziel, das kollektive Wirtschaftssystem“ nicht definiert.⁹⁵ Sie wollten eigentlich von den Verfassern des Programms eine klare und eindeutige Definition der ungeklärten und undeutlich abgefassten sozialistischen Ziele erhalten. Da aber ihre Kritik auf die Grundlagen des alten Standpunktes aufgebaut war, konnten sie auf keine bedeutendere Unterstützung im Kreise der Kongressdelegierten rechnen.

*

Bisher wurde untersucht, was für Meinungsunterschiede die Parteileitung auf dem Kongress befürchtete und was für Diskussionen über prinzipielle Fragen abgehalten wurden. Der Vergleich des vorangehenden Entwurfes und des angenommenen Programms beweist aber, dass die Parteileitung mit Recht befürchtete, dass die Kongressdelegierten den Entwurf radikaler gestalten werden. Tatsächlich zeigt der Vergleich des Entwurfes mit dem endgültigen Text, dass das angenommene Programm im Vergleich zum Entwurf des Programmkomitees und der Parteileitung bedeutend abgeändert wurde.

Der endgültige Text ist entschiedener und schärfer abgefasst, es wird öfters die marxistische Terminologie angewandt und ist an mehreren Stellen radikaler, als der Entwurf. Gegenüber der unklaren, gemässigten Abfassung des Entwurfes, wird ausdrücklich erklärt, dass „die sozialdemokratische Partei für die Beseitigung des kapitalistischen Produktionssystems kämpft...“ und „dem Grossgrundbesitz... den Krieg erklärt“. Der Entwurf spricht nur vom Bund des Grossgrundbesitzes und Bankkapitals, der endgültige Text betont aber den Bund des Grossgrundbesitzes und grossindustriellen Kapitals. Das Programm kritisiert die gegenrevolutionäre Bodenreform schärfer als der Entwurf und während der Entwurf nichts darüber sagte, im Programm ist es enthalten, dass „die Lehre der Bodenreform der Gegenrevolution darin liegt, dass die Voraussetzung einer wahren Bodenreform die Demokratisierung des Landes ist“. Der Entwurf forderte bloss die Abschaffung der Majorate und der Kriehengüter, im angenommenen Programm handelt es sich dagegen „um die volle Enteignung“ und zwar ohne Entschädigung. Die untere Grenze des Grossgrundbesitzes wird von 500 Joch im Entwurf auf 200 Joch herabgesetzt.

Das Agrarprogramm stand mit der allgemeinen Politik der USDP im Zusammenhang, deshalb wurden dementsprechend zahlreiche Fragen offengelassen. Eine solche Frage war unter anderen die der Entschädigung. Der Entwurf forderte in der Frage der Entschädigung – unter ihrer prinzipiellen

Anerkennung-dass die Entschädigung durch ein vollkommen autonomes Institut abgewickelt werde. Das Mass der Entschädigung, der Wert des Kaufpreises des Bodens wurde überhaupt nicht aufgeworfen. Wie erwähnt, beschloss das Agrarkomitee nach langer Diskussion in der Frage der Entschädigung, dass es darauf nicht näher eingehen wird. Es wurde zwar festgelegt, dass die Entschädigung eine staatliche Aufgabe bilde, aber aus was für Fonds und Quelle der Staat die Eigentümer der enteigneten nicht kirchlichen Güter entschädigen solle, darüber nahm es keine Stellung ein. Auch wurde die Stellungnahme bezüglich der Summe der Entschädigung vermieden, bloss soviel besagt, dass die Grundlage der Entschädigung der Katastralreinertrag sein müsse, aber mit welcher Umrechnungszahl, mit welchem Multiplikator der Reinertrag zu nehmen ist, wurde nicht gesagt. Sowohl der Entwurf, als auch das angenommene Programm sagte nichts über dem Erlös, ob die Bauer für den Boden einen Erlös zahlen müssen.

Ein wesentlicher Unterschied besteht in den Punkten des Entwurfes und des endgültigen Programms, wo die Frage der von der Enteignung zu befreienden Güter behandelt wird. Der Entwurf stellt kategorisch fest, dass „von der Enteignung die gemeinnützigen Mustergüter und jene Bodenflächen befreit werden *müssen*, die die Grundstoffe der landwirtschaftlichen Industrieunternehmungen liefern oder besonderen Zwecken des Verbrauchs dienen“. Dieser Programmpunkt wollte ein nicht geringzuschätzendes landwirtschaftliches Gebiet der Bodenaufteilung entziehen, — in erster Reihe den Boden von technisch entwickelten Grossbetrieben und Aktiengesellschaften. Auch hier wurde eine wesentliche Abänderung des Programms durchgeführt und die Notwendigkeit der Enteignung erklärt, mit der Stellungnahme, dass diese Guts-kategorien von der Aufteilung „befreit werden *können*“.

In der Frage der Aufteilung des Bodens, d. h. also wer Boden erhalten kann — bleibt im Entwurf der Klassengesichtspunkt unbeachtet und es werden die Produktionsinteressen zu Grunde gelegt. „Für alle jene muss die Bodenzuteilung ermöglicht werden, die bereit und geeignet sind einen Kleinbesitz zu bebauen“ — besagt der Entwurf. Danach wird konkret angegeben wem Boden zugeteilt werden soll. Ein solches Bedürfnis und Möglichkeit der Beurteilung der Eignung umfasste aber auch die Gefahr, dass die Reihenfolge der Bodenzuteilung nicht durch den Klassengesichtspunkt, durch Absicht der Abschaffung der gesellschaftlichen Ungerechtigkeit geleitet wird, sondern es wird unter Berufung auf die Produktion, auf die Interessen der Produktion, antisozial durchgeführt. Aus dem Programm wurde dieser Abschnitt ganz fortgelassen und in der Reihenfolge der Bodenzuteilung kamen an erste Stelle die bodenlosen Landarbeiter und Gutsarbeiter.

Dabei wurden im Programm zahlreiche Forderungen aufgenommen, die im Entwurf nicht enthalten waren; z. B. die Forderung der Abschaffung der Konfessionsschulen und der Gerichtsbarket der Stuhlrichter, des Unterrichts in der Muttersprache in den Nationalitätsschulen, der staatlichen Bank für die Sicherung des Kredits für die Bauernschaft, der Aufstellung einer staatlichen Versicherungsanstalt (Hagel-, Frost-, Feuer-, Überschwemmungsschäden) und wie erwähnt, erhielten zahlreiche Programmpunkte eine entschiedenere, eindeutiger, energischer Abfassung.⁹⁶ In alldem spielte auch die radikalisierte Wirkung der Demonstration vom 1. September im Kreis der Dele-

gierten eine Rolle, so dass die „Nachgiebigkeit“ der Parteileitung verständlich ist.

Aus dem Gesagten ist es zu sehen, dass jene Programmpunkte schärfer, eingehender abgefasst wurden, die sich direkt oder indirekt gegen den „feudalen Grossgrundbesitz“ richteten. Die Forderungen gegen die Kartelle und gegen das Industriekapital sind im Entwurf und im endgültigen Text dieselben. Die Forderung der Nationalisierung der Banken, die im Entwurf noch enthalten war, wurde aus dem endgültigen Text fortgelassen, mit der Begründung, dass dies eine Aufgabe des Sozialismus sein werde. Das alles beweist, dass die USDP nur gegen den „feudalen Grossgrundbesitz“ für das „bürgerliche Ungarn“ kämpfte und in diesem Kampf auch mit der industriellen Bourgeoisie rechnete, weil die Partei die dem Land bevorstehenden Aufgaben in falscher Weise so beurteilte, dass die Hauptquelle der Übelstände nicht der noch nicht vollkommen entwickelte Kapitalismus sei. Deshalb sollte zuerst gegenüber dem Feudalismus die bürgerliche Umbildung, das Kapitalistische System vollkommen ausgebildet werden. Darum ist ihr Agrarprogramm trotz aller seiner positiven Züge ein auf falscher Konzeption aufgebautes, enges Reformprogramm, das „den Abbau des Feudalismus“ ausschliesslich durch eine Reform von oben, durch die „wohlwollende“ Unterstützung eines Teils der herrschenden Klasse zu erreichen dachte. Dementsprechend ist im Programm nicht einmal angedeutet, dass die demokratische Lösung der Agrarfrage in Ungarn nur unter Führung und Unterstützung der industriellen Arbeiterschaft erreicht werden kann.⁹⁷

Die Frage der Bodenrente bildete auf dem Kongress keinen Grund zur Diskussion, denn sie stand mit der Nationalisierung des Bodens im Zusammenhang. Die USDP verzichtete in 1930 auf die Forderung der Nationalisierung des Bodens und das war unter Beachtung der Verhältnisse in Ungarn richtig. Sie erkannte, dass die Forderung der Nationalisierung die Kleinbauer von der USDP zurückstosse.⁹⁸ Der Verzicht auf die Nationalisierung war eine logische Folge der Annahme der Bodenaufteilung, da ja das Agrarprogramm das Recht des Kleinbauers zum Privateigentum und den Schutz seines Grundeigentums verkündete. Damit wurden auch die oft erörterten Fragen der Erbpacht⁹⁹ – Rentenguts abgeschlossen, statt deren wurde die Forderung der selbständigen, auch grundbücherlich auf dem Namen der Eigentümer stehenden Kleingrundbesitze in den Vordergrund gestellt.

Mit der Annahme des Agrarprogramms begann in der Bundespolitik der USDP jene Wendung, deren Elemente seit 1920 immer stärker wurden. Gegenüber der alten Auffassung, die nur die Gewinnung der Boden- und Landarbeiter erstrebte, dehnte die USDP nach 1930 ihren Einfluss auch auf die Klein- und Mittelbauer aus. „Die Proletarier, Bauer, Gewerbetreibenden, Industriearbeiter, Kleinbesitzer, bodenlose Arbeiter müssen in einer Front, im Lager der SDP vereint werden“.¹⁰⁰

Der Parteikongress wählte ein Agrarkomitee mit 15 Mitgliedern zwecks Bekanntgabe und Verbreitung, weiterer Materialsammlung bezüglich der Agrarfrage und der Abhaltung von regelmässigen landwirtschaftlichen Konferenzen.

Das Agrarkomitee berichtete über seine Arbeit der Parteileitung, „Es muss zu seinen Aktionen die vorangehende Zustimmung der Parteileitung

einholen“¹⁰¹ — besagte der Kongressbeschluss. Dieser Beschluss weist darauf hin, dass die Parteileitung sichern wollte, notwendigenfalls die radikalen Übertreibungen der Agrarbewegung vermeiden zu können und die Bewegung im Geiste des Programms zu leiten. Das Programm wollte nämlich die demokratische Agrarumbildung ausschliesslich durch eine Reform innerhalb der Rahmen der gegebenen gesellschaftlichen Ordnung ohne deren wesentliche Änderung lösen. Die vorgestellte „Regimeänderung“ beschränkte sich auf eine gemässigte bürgerlich-demokratische Einrichtung. Im Kampf um die Bodenreform sah sie bloss den Kampf der verbürgerlichenden Bauernschaft und des „bürgerlichen Ungarns“ gegen das „feudale Ungarn“. Das Programm stand also nur dem „feudalen Grossgrundbesitz“ gegenüber und beschränkte die Aufgabe der Arbeiterklasse auf die Durchführung der bürgerlichen Umbildung. Das Agrarprogramm rechnete also nicht mit einer wesentlichen Änderung der Machtverhältnisse.

Das Programm erwies sich aber auch so als eine bedeutende Waffe in der Hand der SDP. Allerdings trug dazu bei, dass als die SDP die Propagierung des Programms, „die Organisierung der Bauernschaft begann, dieselbe das Programm nach den eigenen Bedürfnissen auslegte und die Bewegung die Rahmen der reformistischen Vorstellungen schnell überschritt“.¹⁰²

Bis 1932 machte die SDP ausserordentliche Fortschritte in den Dörfern, sie verfügte nicht nur innerhalb der Kleinbauernschaft, sondern auch der Mittelbauernschaft über eine bedeutende Massenkraft. Sie überliess aber diese gewaltige Kraft gegen die erneuten Angriffe der Behörden sich selbst.

Ende 1931 hörte die bisherige etwas „liberale“ Taktik der Regierung auf, weil die sozialdemokratische Bauernorganisation allmählich gefährliches Mass annahm. Deshalb wies das Innenministerium in einer streng vertraulichen Verordnung die Behörden am Land, die Bewegung zu unterdrücken. So war die Parteileitung geneigt, eine friedliche Lösung zu finden, sie war aber durch den Druck der Massen gezwungen, eine grosse Massenbewegung für den 7. April 1932 zu organisieren. An diesem Tag wurde in allen Städten und Dörfern des Landes den Leitern der örtlichen Behörden ein Memorandum überreicht, verbunden mit einer Demonstration und halbstündiger Arbeitseinstellung. An mehreren Orten kam es zu blutigen Zusammenstössen zwischen den Demonstranten und der Gendarmerie. Die Regierung trat am 7. April und nachher mit grösster Gewaltsamkeit auf und gab der SDP eindeutig zu wissen, dass die Bauernbewegung die Grenze überschritt, die sie für zulässig hält. Nach den blutigen Kämpfen vom 7. April 1932 teilte der Innenminister in einem vertraulichen Rundschreiben den Obergespanen mit, dass mit den Parteileitern auch hinsichtlich ihre Propaganda und Agitation am Land gewisse Verhandlungen im Gange sind.¹⁰³ Die rechtsgerichteten Leiter der Partei wählten in dieser Lage den Weg der Verhandlungen und des Rückzugs. Die Sozialdemokratische Partei zog nach dem 7. April 1932 aus den Dörfern ab. Dem folgend schmolz auch ihre Bauernbasis stark zusammen.

Anmerkungen

¹ Die wichtigste Aufgabe der neu gewählten Parteileitung besteht darin, dass sie ein den ungarischen Agrarverhältnissen entsprechendes agrarsozialistisches Programm ausarbeite und zwecks Annahme dem Parteikongress von 1905 unterbreite. (MMTVD III. Band, Szikra, 1955. S. 197).

² Ebenda

³ E. David und G. Vollmar verbreiteten zu dieser Zeit schon in weitem Kreise ihre Anschauungen, wonach die marxistische Kapitalkonzentration für die Landwirtschaft nicht geltend ist, in der Landwirtschaft daher die Zukunft dem Kleinbetrieb gehört. Das Werk von David, E.: Sozialismus und Landwirtschaft (2. Bände), worin er das Gasagte eingehend erörterte, erschien auch in ungarischer Sprache (S. Grill Károly Könyvkiadó Vállalata, Budapest: 1909, Übersetzer: S. Szabados). Darin erklärt er seinen Standpunkt über den Kleinbetrieb auch mit dem Unterschied in der Natur der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion.

⁴ Népszava, 2. April 1908.

⁵ Bei der Verfertigung des Programmentwurfs spielte der Druck der Parteioption (Ervin Szabó und sein Kreis, *Csizmadiák – Dániel*) eine sehr grosse Rolle. Der Entwurf der Opposition wurde von Sándor Csizmadia zusammengestellt. Die Parteileitung gab Csizmadia den Rat, es als seinen eigenen Entwurf, als „seine Privatansicht“ zu veröffentlichen, da sie „keine Zeit habe den Entwurf zu besprechen“. Dieser Rat wurde aber nicht angenommen, daher musste die Parteileitung den Entwurf in der Népszava veröffentlichen (P. I. Arch. 507/4. f. Szabó Ervin-Sammlung. Brief von Csizmadia an Ervin Szabó 28. Februar 1908.)

⁶ Siehe Erényi, T.: Földmunkás és szegényparaszt mozgalmak az első világháború előtti években. 1906 – 1914 (Landarbeiter- und Kleinbauernbewegungen in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg). In: Földmunkás és szegényparaszt mozgalmak Magyarországon 1848 – 1948. (Landarbeiter und Kleinbauernbewegungen in Ungarn 1848 – 1948) Bd. I. Budapest, 1962. S. 445.

⁷ A Magyarországi szocialisztikus munkásmozgalmak az 1908 évben (Die sozialistischen Arbeiterbewegungen in Ungarn im Jahr 1908) Budapest, 1909. S. 400 – 401.

⁸ „Nicht das Agrarprogramm fehlt uns, sondern dass keine Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit vorhanden ist“ Népszava 20. April 1911. Unser Parteikongress.

⁹ P. I. Archiv 658 f. 1. SDP-Kongress 1911. Népszava 20. April 1911. Unser Parteikongress.

¹⁰ Auf dem XVIII. Kongress wurde diese Frage schon scharf und polemisch aufgeworfen. Sie nahm im Referat von Sándor Csizmadia einen bedeutenden Platz ein und einzelne Redner erklärten eindeutig: „Es kann nicht fest behauptet werden, dass in Ungarn der Kleinbetrieb im allgemeinen lebensfähiger sei, als der Grossbetrieb“ (ebenda).

Auf dem XIX. Kongress (1912) wurde die Frage noch eindeutiger abgefasst: „... in der sozialistischen Literatur ist es eine ständige Streitfrage ... ob der Kleinbesitz in der Landwirtschaft lebensfähiger ist, oder nicht, ob die Behauptung, die in der Industrie für das Handwerk geltend ist, auch für den Kleinbesitz in der Landwirtschaft gilt. Das müsste entschieden werden, weil dann das Programm viel leichter verfertigt werden könnte ...“ Protokoll des XIX. Parteikongresses der SDP vom 7 – 8 – 9. April 1912. Népszava S. 211.)

¹¹ „Auch in der ungarischen Partei stiessen zwei Auffassungen zusammen. Nach der einen ist der Verlauf der Entwicklung derselbe, wie in der Industrie. Der Grossbetrieb, in diesem Fall also der Grossgrundbesitz, ist die entwickeltere, betriebsfähigere Produktionsform und daher ist die Nationalisierung des Bodenbesitzes eine ebenso natürliche Forderung, wie die Sozialisierung der Industrie. Die entgegengesetzte Auffassung berief sich auf Tatsachen: der Grossgrundbesitz ist kein entwickelter Grossbetrieb, sondern nur ein aus der Vergangenheit des Fudalismus überbliebenes Grundeigentum, das auch die politische Gewalt der Grossgrundbesitzer umfasst. Nach dieser Ansicht dienen die immer zahlreicher werdenden Kleinbesitzer auch der landwirtschaftlichen Produktion.“ (Mónus, I.: A pártgyűlés és az agrárprogram. Der Parteikongress und das Agrarprogramm) Szocializmus. 1930. S. 260 – 261.)

¹² Ebenda S. 262.

¹³ Mónus, I.: op. cit. S. 258.

¹⁴ „Das geistige Leben unserer Partei war stets entscheidend vom deutschen Sozialismus beeinflusst“. Ebenda S. 260.

¹⁵ P. I. Archiv. 658. f. 1. SDP-Kongress 1911.

¹⁶ MMTVD B. III. S. 492. Szikra 1955. Die Bodenaufteilung wurde nur von den Menschewiken (und einigen Bolschewiken) gefordert.

¹⁷ Ebenda S. 493.

¹⁸ Ebenda. Um ganz gerecht zu sein, ist es zu sagen, dass Kautsky die bisherige agrarpolitische Praxis der ungarischen Partei für „richtig“ hielt.

^{18a} *Marx – Engels*: Ausgew. Werke (ungarisch) I. S. 111. Szikra 1949. Einleitung von *Engels* zu *Marx*: Klassenkämpfe in Frankreich.

^{18b} *Marx – Engels*: Ausgew. Werke (ungarisch) II. S. 430. *Engels*: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland.

¹⁹ Die Agrarfrage. Materialsammlung. In- und ausländische Agrarprogramme. Zusammengestellt von *Mónus*, I. S. 53.

²⁰ Das bedeutet freilich nicht, dass beim Kampf um das Wahlrecht die „Bauernbasis“ nicht notwendig gewesen wäre. Wir berichteten über die Gründe des Nichtbeachtens und sahen den Hauptgrund in den Ansichten und im Opportunismus der Partei.

²¹ Die Agrarfrage. Zusammengestellt von *Mónus*, I. S. 25.

²² Ebenda. Das Agrarprogramm der ungarischen Arbeiterschaft in 1918. S. 26 – 28.

²³ *Mészáros, K.*: Földmunkás és szegényparasztmozgalmak 1918 – 19-ben. (Landarbeiter und Kleinbauernbewegungen in 1918 – 19). Földmunkás és szegényparasztmozgalmak. Bd. II. S. Budapest, 1962. S. 534.

²⁴ Kunfi sagte auf der Sitzung des Arbeiterrates am 13. Dezember: „Die Losung der Bodenaufteilung wurde unabhängig von der Partei veröffentlicht. Eine Bodenaufteilung kann von der Partei nicht angenommen werden“. Er gab der Agraranschauung der Partei folgenden Ausdruck: „Die verstaatlichten Böden sind teils landwirtschaftlichen Genossenschaften zu übergeben, teils ohne Entgelt denen, die zum Anbau bereit sind, aber zur Wahrung des kollektiven Eigentumsrechtes steht dem Staat nach dem Grundbesitz eine Rente zu“.

MMTVD: Bd. V. Szikra, 1956. S. 383.

²⁵ Ebenda. S. 646 – 647.

²⁶ Die Agrarfrage . . . S. 28 – 29. Der Agrarprogrammwurf von *Takács, J.*

²⁷ Ebenda. „Von der Aufteilung des Bodens nach diesen Gesichtspunkten sollen nur die industrietreibenden Güter, Mustergüter und Gemeindegüter befreit werden“.

²⁸ Nach der Wahlrechtsverordnung vom März 1922 konnten nur jene Männer wählen, die mindestens 24 Jahr alt waren, 4 Elementarschulen beendet haben, seit 2 Jahren im selben Ort wohnen und seit 10 Jahren ungarische Staatsbürger sind. Bei Frauen lag die Altersgrenze bei 30 Jahren und erhielten das Wahlrecht nur wenn sie 3 Kinder hatten, 6 Elementarschulen beendet und seit 2 Jahren im selben Ort wohnten. Die Verordnung schloss also Massen der städtischen und Landarbeiter vom Wahlrecht aus, weil sie einen grossen Teil diese Forderungen nicht erfüllen konnte.

²⁹ Nach der Volkszählung von 1920 betrug der Anteil der Urproduzenten 55,7% der Bevölkerung.

³⁰ Bei der Parlamentswahl von 1922. erlangte die USDP 25 Mandate, in 1926 nur 14. Allerdings wurde das Wahlrecht im Vergleich zu 1922 in 1926. eingengt.

³¹ P. I. Arch. 658. f. 1. SDP-Kongresse. 1926. Beschlussantrag zu Punkt 6. der Tagesordnung.

³² Die neue radikale Bodenreform wurde nach der Bildung der USAP von der in der Partei verbliebenen Linksoption (Stromfeld und Kreis) gefordert. Ihr Beschlussantrag, eingereicht auf dem Kongress von 1926, besagte: „... der Parteikongress weist die Parteileitung, eine Landesaktion zwecks Inkraftsetzung radikaler Bodenreformgesetze, die dem Zeitgeist entsprechen, in die Wege zu leiten“. (P. I. Arch. 658. f. 1. SDP-Kongresse 1926. S. 103. Die neue Lösung der Bodenreform wurde offiziell auf dem XXII. Kongress abgefasst. Die Parteileitung musste es annehmen, um die Parteiteilung zu verhindern und die Tatsache des Paktes leugnen zu können. Nach dem Kongress wird es aber in der Praxis kaum erwähnt. Der Kongress von 1925 delegierte, um der Linksoption das Gegengewicht zu halten und die innere Krise der Partei zu lokalisieren, auf Druck der Opposition ein Komitee zur Vorbereitung des Agrarprogramms. Das Komitee kam aber nicht über die erste Sitzung hinaus.

³³ Das Agrarprogramm der finnischen Partei wird zwecks Studium auf Ersuchen von *Dániel Várnai* von *Béla Vikár* auf ungarisch übersetzt. P. I. Arch. 658. f. 3. 18. Material der Parlamentsfraktion der SDP.

³⁴ Die Agrarprogramme siehe in: Die Agrarfrage: Materialsammlung. In- und ausländische Agrarprogramme und Entwürfe. Zusammengestellt von *Illés Mónus* S. 47 – 97. Siehe noch P. I. Arch. 658. f. 5. 1927/1. Sekretärmaterial der SDP.

³⁵ Diese Programme sind später im Verlag der Druckerei Világosság mit dem Programm der SDP zusammen veröffentlicht worden. Die Sammlung enthielt einen Teil der Agrarbeschlüsse der II. Internationale, die Agrarforderungen der sozialdemokratischen Parteien vom Ende des

vorigen Jahrhunderts und die in den 20-er Jahren geschaffenen sozialdemokratischen Programme. Siehe: Die Agrarfrage.

³⁶ Das klassische Beispiel dafür ist das Agrarprogramm der österreichischen Partei, doch auch das Agrarprogramm der schwedischen und tschechoslowakischen Partei ist ähnlich. Das Programm der österreichischen Partei erklärt: „Der landwirtschaftliche Grossbetrieb ist als Träger und Ausgangspunkt des technischen Fortschrittes in der Landwirtschaft unentbehrlich“ (Ebenda S. 76).

³⁷ Die deutsche SDP zog in ihrem Agrarprogramm die Grenze der Enteignung bei 750 ha. Die Notwendigkeit der Entschädigung des Grossgrundbesitzes wurde von den meisten Programmen anerkannt und auch der Boden sollte nicht ohne Erlös den Bauern übergeben werden.

³⁸ Ebenda. S. 93. Agrarprogramm der tschechoslowakischen SDP.

³⁹ „... die Verfolgung fing an, als sich die sozialdemokratische Partei mit der Agrarfrage zu befassen begann. Die Sozialdemokratie wurde in Ungarn bis dahin niemals von den Behörden richtig gestört und verfolgt. Der Zeitpunkt der Verfolgung beginnt dann, als wir in die Dörfer gingen, um die Landarbeiter zu organisieren“. Protokoll des XXVI. Kongress der USDP. S. 208. Népszava 1929. Aufgrund stenographischer Aufzeichnung. Die Leitung der SDP war sich darüber klar, dass die ungarischen herrschenden Klassen noch immer die Konzeption von Gyula Rubinek vom Anfang des Jahrhunderts für richtig halten: „der Agrarsozialismus ist viel gefährlicher, als der industrielle Sozialismus“ (Rubinek, Gy.: Küzdelem a nemzetköziséggel (Kampf gegen den Internationalismus) OMGE, 1906).

⁴⁰ Arnold Daniel schrieb an *Ervin Szabó* am 13. Januar 1906: „Meiner Ansicht nach können wir uns jetzt nur Angriffe bezüglich der äusseren Taktik leisten. Das können wir am wirksamsten auf dem Gebiet der Agrarfrage tun. Das ist der schwächste Punkt des alten Systems. Wir müssten mit voller Kraft auf diese Frage in der Népszava eingehen, und darauf hinweisen, dass die Zukunft der Partei in der Landarbeiterbewegung liegt“. (P. I. Arch. *Ervin Szabó*-Sammlung 507–5/6. Brief von Arnold Dániel an *Ervin Szabó*). Auch *Béla Vágó* spricht in seinem Brief an *E. Szabó* von 22. September 1905. über dieses Problem: wenn die Landarbeiterbewegung erstärken könnte, „so würde diese Bewegung eine immer bedeutendere Zukunft haben. Sie könnte auch die industrielle Bewegung stark in richtiger Richtung beeinflussen...“ (Ebenda 507/16/12. Brief von *Béla Vágó* an *Ervin Szabó*). Dieses Problem wurde auf der Sitzung der Linksfraktion der SDP am 15. April 1932 niedergelegt: „Ein bedeutender Teil der Arbeiterschaft der Gewerkschaften nimmt eine passive Haltung gegenüber der Lage der Partei ein... Das Volk am Land zwingt nun mit seiner Urkraft unsere Partei zu handeln... Es verhält sich so, dass, ob die Partei will, oder nicht, sie handeln muss und in der Bauernfrage kein Pakt, kein Kompromiss möglich ist. Bekennen wir offen, dass die Bauernmassen eine schwere Belastung für die SDP bedeuten. Sie verfügt über eine starke Unterstützung, von der sie keinen Gebrauch machen will oder kann. Die sozialdemokratische Bauernbewegung ist im ganzen Land verstärkt und das zieht den Angriff der Regierung nach sich, weil das von den Agrariern, die bisher nie in ihren Rechten gestört wurden, nicht geduldet wird. (P. I. Arch. BM VII. res. 1932–1–4897).

⁴¹ Der Beschlussantrag wurde von folgenden Personen unter geschrieben: *S. Rajki, J. Csulik, Gy. Mező, J. Zaka, J. Reichel, A. Stromfeld, Gy. Lukács, Dr. J. Kis, R. Domonkos* und *J. Szabó*. P. I. Arch. 658. f. I. USDP-Kongresse 1926.

⁴² Ebenda.

⁴³ p. I. Arch. 658. f. 5. 1927/I. Sekretärmaterial der SDP. Bericht des Komitees für die Verfertigung des Parteiprogramms und des Agrarprogramms.

⁴⁴ P. I. Arch. 658. f. I. USDP-Kongresse 1928/2. Kongressvorlage der Parteioorganisation Budapest II.

⁴⁵ „Ein ununterbrochener Kampf um die Enteignung des kirchlichen Grossgrundbesitzes und um die Bodenaufteilung. Zur Sicherung der Zusammenarbeit des industriellen und landwirtschaftlichen Proletariats muss das Agrarprogramm dringend fertiggestellt werden“. Ebenda. Beschlussanträge und Vorschläge.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Auch der Beschlussantrag der Parteioorganisation XIV. konzipierte konkret. „Das Agrarprogramm ist am dringendsten fertigzustellen. Es muss im Parlament und bei den Massen eine Aktion um die neue Bodenreform, um die Zuteilung von Boden und wirtschaftlichen Geräten an die Besitzlosen, um die Enteignung des kirchlichen und privaten Grossgrundbesitzes gegen Entschädigung aus der Staatskasse in die Wege geleitet werden“. An diesem Beschlussantrag ist ein starker Einfluss des Agrarprogramms der USAP zu beobachten (Ebenda).

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Ebenda. Die Mitglieder des Komitees waren: *F. Szeder, J. Takács, J. Farkas, I. Mónus, S. Wiesner, Dr. L. Fadvágó, E. Bresztovszky, Dr. I. György, Gy. Dick und K. Peyer.*

⁵² Das Komitee wurde auf 11 Mitglieder ergänzt. Mitglieder wurden *I. Bárd, E. Bresztovszky, Gy. Dick, I. Farkas, I. Györki, I. Mónus, K. Peyer, F. Szeder, L. Szekszárdi, J. Takács und S. Wiesner.* Bei der Zusammensetzung des neuen Komitees fällt es auf, dass die „Linkseite“ infolge der Einbeziehung von *I. Bárd* und auch *L. Szekszárdi*, die das Programm forderten, stärker wurde. *Szekszárdi* war Mitglied des „kleinen Freundeskreises“, der es „für seine sozialistische Pflicht hält, sich mit dem ganzen Komplex der grundlegenden Probleme zu befassen. Zur Zeit ist das Hauptproblem die Agrarfrage“. *Szekszárdi, L.: Agrárválság Magyarországon (Agrarkrise in Ungarn) Szocializmus 1930. S. 161.* Allerdings weiss dieser Kreis noch im Juni 1930 nicht genau, wie die Agrarfrage gelöst, auf welchen Grundlagen das Agrarprogramm aufgebaut werden sollte. Sie meinen, dass: „Die Fragen der Bodenaufteilung, der Errichtung von Genossenschaften, Bodenwertsteuer oder deren Kombination müssen an der Schwelle des geschichtlichen Momentes entschieden werden“. Ebenda S. 164.

⁵³ *J. Takács, I. Mónus und S. Wiesner.*

⁵⁴ Zum Entwurf leisten einen schriftlichen Beitrag *K. Kautsky, A. Dániel, Dr. L. Elkan, S. Garbai, Dr. M. Halász, R. Lóránt, M. Pártos, Dr. Z. Rónai, B. Rudas, J. Stauber, I. Szabó, J. Topa und M. Wiber*, sowie das Komitee der Minoritäten und die Parteioorganisation XII. Leider steht das ganze schriftliche Material nicht zur Verfügung. P. I. Arch. 658. f. 1. SDP-Kongresse. 1930. Komiteeverhandlung des Agrarprogramms.

⁵⁵ Die Anträge, die noch bedeutende Zeit vor dem Kongress eingereicht wurden, forderten sehr scharf eine Diskussion des Programmentwurfs auf dem Kongress. „Der Parteikongress kann keinesfalls von der Besprechung des Programmentwurfs absehen. Wäre der Entwurf noch immer in einem solchen Zustand, der die ernste Diskussion nicht ermöglicht, so drückt das Plenum des Kongresses entschieden seine Missbilligung aus und verpflichtet zugleich die neugewählte Parteileitung diesen Beschluss des Kongresses unbedingt zur Geltung zu bringen. Parteioorganisation II. (früher IX). P. I. Arch. 658. f. 1. SDP-Kongresse, 1930.

⁵⁶ Siehe *Siklós, A.: Földmunkás és szegényparaszt mozgalmak (Landarbeiter- und Kleinbauernbewegungen) Bd. II. S. 813–814.* Die Regierung wurde bei diesem Beschluss durch innen- und aussenpolitische Gründe geleitet. In England wurde eine Labour-Regierung gebildet und die Regierung wollte sich vor den Verhandlungen im Haag in der Hoffnung einer englischen Anleihe stärker auf die SDP stützen. Dabei hoffte sie, dass die SDP die unzufriedenen Bauernmassen bremsen werde.

⁵⁷ Erdei betrachtete als eine Bedingung der schnellen Fertigstellung des Programms, dass ein erweitertes Komitee ins Leben zu rufen ist, „das alle Richtungen der Partei umfasst“. P. I. Arch. 658. f. 1. SDP-Kongresse. 1929. I.

⁵⁸ Siehe die Dokumente: P. I. Arch. 658. f. 5. 1943/2 öe Parteiprogramme, A) Beiträge, B) Ungarische Programmwürfe und andere sozialistische Programmwürfe, Agrarprogrammwurf der SDP.

⁵⁹ P. I. Arch. ebenda. Es soll bemerkt werden dass zu dieser Zeit auch der erwähnte Entwurf von *J. Takács* diesen Standpunkt vertrat.

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Ebenda. Programm der SDP. f) Wirtschaftspolitische Fragen.

⁶² Ebenda. Politisches Programm. Dieser Entwurf übernimmt beinahe wörtlich die bezüglichen Punkte des Agrarprogramms der österreichischen SDP.

⁶³ Ebenda. Prinzipielle Erklärung zum Agrarprogramm der SDP.

⁶⁴ P. I. Arch. 658/1. SDP Kongresse 1930. Protokoll der Vorkonferenz des XXVII. Parteikongresses.

⁶⁵ Der Entwurf wurde am 1. August in der *Népszava* veröffentlicht, die Beratungen des XXVII. Kongresses begannen am 7. September. Es wurde eine sehr kurze Zeit den Parteimitgliedern zur Besprechung des Programms gewährt. Hinter diesem putschartigen Schritt lag unserer Ansicht nach eine taktische Überlegung der Parteileitung. Wegen der bedeutenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Inhalts des Agrarprogramms stellte sie kein längere Zeit zur Diskussion zur Verfügung.

⁶⁶ P. I. Arch. 658/1. Protokoll des Kongresses der SDP von 1930.

⁶⁷ Ebenda. Verhandlung des Agrarprogramms im Komitee.

⁶⁸ Wir betrachten diesen Antrag, als einen Versuch zur Sicherung der weiteren Diskussion und als die Bestrebung einer eventuellen Abänderung des Programmentwurfs.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Auch die Rede von *F. Szeder* auf dem Kongress wies darauf hin. Das beweist die Erklärung von *Szeder*: „Heute bekennen jene, die früher für den Grossbetrieb Stellung genommen haben, denselben Standpunkt, der in diesem Programmwurf zum Ausdruck kommt. Die Argumente und Rechnungen der Anhänger des Grossbetriebs werden durch die Praxis widerlegt.“ (Ebenda).

⁷¹ *Mónus, I.*: op. cit. S. 263.

⁷² P. I. Arch. 658. f. I. SDP-Kongresse 1930.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ Ebenda. Es ist nicht unserer Aufgabe, die politische Strategie zu untersuchen und zu bewerten. Soviel ist aber zu sagen, dass jenes an sich richtiges Prinzip, wonach die Agrarfrage eine politische und der demokratischen Umbildung untergeordnete Frage ist, auf eine falsche strategische Konzeption aufgebaut war. Die SDP wollte die demokratische Umbildung nicht durch Liquidierung des Systems, sondern durch ihre „Reform“, die Agrarfrage dementsprechend nicht gegen das gegebene gesellschaftliche System und die industrielle Bourgeoisie, sondern mit ihrer Unterstützung lösen. Beide waren grundlegend falsche politische Konzeptionen.

⁷⁶ *Siklós, A.*: op. cit. S. 822.

⁷⁷ *Szakács, K.*: A kommunista párt agrárpolitikája 1920–1930 (Agrarpolitik der Kommunistischen Partei 1920–1930) Kossuth, 1961. S. 120.

⁷⁸ *Népszava* 8. Januar 1928. Erste zwei Tage des XXV. Parteikongresses der SDP.

⁷⁹ „Es ist die Zeit der vollen Liquidierung des feudalen Regimes gekommen. Es ist die Zeit da, dass die Arbeiterschaft auf dem Land gegen den Feudalismus auftritt und den Weg für weitere Kämpfe freimacht.“ Die Agrarfrage. Das dem Kongress von 1930 unterbreitete Agrarprogramm. S. 17.

⁸⁰ P. I. Arch. 658. f. I. SDP-Kongresse 1930.

⁸¹ „Das Komitee nahm bei der endgültigen Abfassung des Agrarprogrammwerfs den feudalen Charakter des Grossgrundbesitzes in Ungarn besonders in Betracht...“ Ebenda. Behandlung des Agrarprogramms im Komitee.

⁸² Das Agrarprogramm der deutschen Partei zog die obere Grenze des Grossgrundbesitzes bei 750 ha, die ungarische Partei bei 200 kat. Joch. Das Programm der deutschen Partei ist aber „marxistischer“, als das der ungarischen Partei.

⁸³ *Gyopáros, J.*: A földműves nép és a szociáldemokraták (Das Bauernvolk und die Sozialdemokraten) SZDP-Verlag. Vp. 1943. S. 11–12. *Takács, J.*: Új agrárpolitika a magyar demokráciában. (Neue Agrarpolitik in der ungarischen Demokratie) S. 24–25.

⁸⁴ P. I. Arch. 658. f. I. SDP-Kongresse 1930.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Ebenda. Der geschichtlichen Wahrheit zuliebe ist es zu sagen, dass ein Teil der europäischen SDP den landwirtschaftlichen Grossbetrieb nicht verworfen hat, als sie gegen den kapitalistischen Grossgrundbesitz Stellung nahmen. Die österreichische Partei verkündete eindeutig dessen wirtschaftliche Vorteile. Andere Parteien nahmen nicht Stellung oder beschränkten sich auf allgemeine Hinweise. Die Auffassung der ungarischen Partei ist auf diesem Gebiet sehr ungeklärt und voll von Widersprüchen, beweist den Praktizismus der Parteileitung. Unsere obigen Zitate zeigen und beweisen, dass die Leiter der SDP sogar die Wirtschaftlichkeit des landwirtschaftlichen Grossbetriebs leugneten. Das Programm vermeidet die offene und eindeutige Stellungnahme, obwohl es in einem Satz anerkennt, dass „die auf freiwilliger Kooperation begründete hochwertige Wirtschaft die technischen Vorteile des Grossbetriebs nützen wird...“ (Das Agrarprogramm der SDP. Bp. 1932. s. 19). Dieser Satz war aber im Entwurf nicht enthalten, das beweist, dass das Agrarkomitee und die Parteileitung bei der Diskussion denjenigen nachgeben musste, die ein „marxistisches“ Programm forderten.

⁸⁷ P. I. Arch. 658. f. 13. csop. 115. ö. e. *Takács, J.*: Ungarische Agrarfrage.

⁸⁸ *Révai, J.*: Marxizmus és népiesség (Marxismus und Volkstümlichkeit) Budapest, 1946. S. 21.

⁸⁹ Das Agrarprogramm der SDP, Budapest 1932. Világosság-Verlag S. 5. und 19.

⁹⁰ P. I. Arch. 658. f. I. SDP-Kongresse. 1930. Die Behandlung des Agrarprogramms im Komitee.

⁹¹ Das Agrarprogramm der SDP. S. 19. Bp. 1932.

⁹² P. I. Arch. 658. f. 13. csop. 115. ö. e. SDP *Takács, J.*: Ungarische Agrarfrage.

⁹³ Diese Auffassung wurde auch im Programm aufgenommen. „... die landwirtschaftliche Produktion unterscheidet sich also wesentlich von der Industrie. Es gibt also andere Mittel

zur Befreiung der landwirtschaftlichen Arbeiter, als der industriellen Arbeiter“. Das Agrarprogramm der SDP, S. 5.

⁹⁴ P. I. Arch. 658. f. I. SDP-Kongresse. 1930.

⁹⁵ Ebenda.

⁹⁶ Bezüglich des Gesagten siehe: Das Agrarprogramm der SDP, sowie den Vorentwurf. Die Agrarfrage. Dem Parteikongress von 1930. unterbreitete Agrarprogramm S. 5–17.

⁹⁷ Das Programm sagt diesbezüglich bloss Folgendes: „Die Lage der Landarbeiter kann nur dann geändert werden, wenn sie sich mit den Industriearbeitern vereinen, am allgemeinen Klassenkampf des Proletariats teilnehmen und mit den städtischen Werktätigen zusammen für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfen“. Ebenda S. 15.

⁹⁸ In Entwurf war noch der Satz enthalten, dass die SDP sich als Ziel setzte „die Bodenrente für die Gesellschaft zurückzuerweben“ – im angenommenen Programm fehlt es aber (ebenda).

⁹⁹ Der Entwurf forderte neben der Bodenaufteilung auch die Bildung von Erbpächten, die vom Eigentümer jederzeit „nach Belieben erlöst“ werden können. Das endgültige Programm enthält auch diese Forderung nicht. (Ebenda).

¹⁰⁰ P. I. Arch. 658. f. I. SDP-Kongresse. 1930.

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² Siklós, A.: op. cit. S. 823.

¹⁰³ P. I. Arch. Vertraulich vom Obergespan des Komitats Pest. 1932/50.